Jürgen Schneider

Einigkeit, Recht und Freiheit. 25 Jahre deutsche Wiedervereinigung (1990–2015)

Eine ordnungstheoretische Analyse

Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 132.3

In Kommission bei Franz Steiner Verlag Stuttgart

Jürgen Schneider
Einigkeit, Recht und Freiheit.
25 Jahre deutsche Wiedervereinigung (1990–2015)

BWSG

BEITRÄGE ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE

BAND 132.3

Herausgegeben von
Markus A. Denzel,
Jürgen Schneider,
Andrea Leonardi,
Jürgen Nautz,
Philipp R. Rössner,
Margarete Wagner-Braun

Schriftleitung:
Prof. Dr. Markus A. Denzel
Historisches Seminar
Universität Leipzig
Postfach 100920
04009 Leipzig

Redaktion:
Mechthild Isenmann
Andrea Bonoldi
Werner Scheltjens
Sabine Todt

Jürgen Schneider

Einigkeit, Recht und Freiheit. 25 Jahre deutsche Wiedervereinigung (1990–2015)

Eine ordnungstheoretische Analyse

In Kommission bei:
Franz Steiner Verlag

Umschlagabbildung:
© Bundesregierung / Klaus Lehnertz

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar.
© Jürgen Schneider
In Kommission bei Franz Steiner Verlag,
Stuttgart 2017
Druck: KM-Druck, Groß-Umstadt
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier. Printed in Germany
ISBN 978-3-515-11845-3 (Print)
ISBN 978-3-515-11848-4 (E-Book)

DRITTER TEIL

Die Väter der deutschen Einheit:
George Bush sen., Helmut Kohl, Michail Gorbatschow 13

George Bush und die deutsche Wiedervereinigung 1989/90
Von Horst Möller 13

Helmut Kohl – Kanzler der deutschen Einheit
Von Horst Möller 23

Michail Gorbatschow und die deutsche Wiedervereinigung 1989/90
Von A. A. Ganjlkin und A. S. Černjaev 30

I. Der politische Rahmen: Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 endete der totalitäre SED-Staat DDR 39

1. Der „Kalte Krieg“ und die Wiedervereinigung Deutschlands aus der Sicht von W. Daschitschew. Vom totalitären SED-Staat der DDR zur friedlichen rechtsstaatlichen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland 39

1.1. Der „Kalte Krieg“ und die Wiedervereinigung Deutschlands aus Sicht von W. Daschitschew 39

1.2. Vom totalitären SED-Unrechtsstaat der DDR zur freiheitlich rechtsstaatlichen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland 46

2. Die unausweichliche deutsche Frage
Von Eberhard Kuhrt 56

3. Der Weg zur deutschen Einheit. Der Traum der Deutschen, in Einheit und Freiheit zu leben, wurde am 3. Oktober 1990 erfüllt
Von Wolfgang Bergsdorf 84

4. Friedlicher Aufstand und Revolution 1989/90. Aspekte des Aufstandpotentials: Stimmungen und Arbeitsbedingungen in Volkseigenen Betrieben 95

5. Bürgerrechtsbewegung, Zusammenbruch der DDR, Fluchtbewegung, Öffnen des Eisernen Vorhangs, Volksaufstände, Fall der Berliner Mauer und Öffnen der innerdeutschen Grenze 118

5.1. Bürgerrechtsbewegung
Von Rainer Eppelmann und Gerd Poppe 118

5.2. Zusammenbruch der DDR und deutsche Einheit
Von Rainer Eppelmann und Manfred Speck 123

5.3. Fluchtbewegung
Von Bernd Eisenfeld 133

5.4. Ungarn öffnet den Eisernen Vorhang (Juni / September 1989): DDR-Bürger fliehen über Österreich in die Bundesrepublik Deutschland
Deutsche Botschaft, Budapest 136

5.5. Manuela Beckmanns Flucht über die bundesdeutsche Botschaft in Prag nach Nürnberg
Von Hans-Peter Kastenhuber 149

5.6 Wende von unten – Leipzig 9. Oktober 1989. Die gescheiterte Gegenoffensive der Sicherheitskräfte
Von Walter Süß 152

5.7. 9. November 1989: Der Tag, an dem die Berliner Mauer fiel
Von Richard Schröder 166

5.8. Das Öffnen des Eisernen Vorhangs an der innerdeutschen Grenze 175

5.8.1. BLICK NACH „DRÜBEN“
Von Andrea Thema 175

5.8.2. Die innerdeutsche Grenze (1945-1989) und ihre Öffnung
Von G. Arnold 184

5.8.3. Der antifaschistische Schutzwall – Ursache des wirtschaftlichen Ruins der DDR?
Von Hans-Gerd Adler 188

5.8.4. Die Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9./11. November 1989
Von Hans-Gerd Adler 194

5.8.5. Ein großes Jahr. Die Hofer Region während der Friedlichen Revolution (1989/90)
Von Arnd Kluge 204

5.8.6. Elektrische Wiedervereinigung. Entstehung, Trennung und Zusammenschluss des Stromnetzes in Deutschland
Von Walter Schossig 221

6. Die ersten freien Wahlen in der Geschichte der SBZ / DDR am 18. März 1990: Legitimation für die Wiedervereinigung 231

6.1. Der Geburtsmakel der DDR. Die Furcht der SED vor freien Wahlen
Von Karl Wilhelm Fricke 231

6.2. Die ersten freien Wahlen in der SBZ / DDR am 18. März 1990: Legitimation für die Wiedervereinigung
Von Dieter Grosser 243

7. Die internationale Durchsetzung der deutschen Wiedervereinigung
Von Eberhard Kuhrt 248

8. Der Staatsvertrag über die „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ trat am 1. Juli 1990 in Kraft
Von Dieter Grosser 266

9. „Kommt die DM – bleiben wir. Kommt sie nicht, dann gehen wir zu ihr“: Währungsumstellung: Von der Binnenwährung DDR-Mark zur konvertiblen DM am 1. Juli 1990 272

9.1. Das Herauslösen der sozialistischen Banken aus dem „einheitlichen sozialistischen Finanzsystem der DDR“ 272

9.2. Auf dem Weg zur Währungsunion (1989 bis zum 30. Juni 1990) 276

9.3. Die Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik am 1. Juli 1990 289

9.4. Währungsumstellung am 1. Juli 1990: Ein Erfahrungsbericht
Von Arvid Mainz 302

9.5. Mit einer Million Mark im Trabbi unterwegs
Von Timm Kanning 313

9.6. Aktivitäten der privaten Banken in den neuen Bundesländern 318

10. Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990
Von Wolfgang Schäuble 327

11. Der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990
Von Henner Jörg Boehl 335

12. Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur DDR-Aufarbeitung (1992-1998) und eine Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 1980er-Jahren 337

12.1. Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur DDR-Aufarbeitung (1992-1998)
Von Rainer Eppelmann 337

12.2. Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 1980er-Jahren 343

13. Die Wiedervereinigung der deutschen Sprache
Von Wolfgang Bergsdorf 345

II. Wirtschaftsordnungspolitische Maßnahmen aus einem Guß: Transformation bei laufendem Betrieb 350

1. Die Interdependenz von Staatsform und Wirtschaftsordnung. Die Grundprobleme des Wirtschaftens in Demokratien mit Marktwirtschaft und in totalitären Diktaturen mit politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaften 350

2. Sondergutachten des Sachverständigenrats vom 20. Januar 1990. Wirtschaftsordnungspolitische Maßnahmen aus einem Guß bei der Modernisierung der fünf neuen Bundesländer: Privatisierung und Neu-Aufbau der Wirtschaft bei laufendem Betrieb 356

3. Die Transformation des „einheitlichen Staatshaushalts der DDR“: und die Gründung der Deutschen Kreditbank AG 372

3.1. Die Transformation des „einheitlichen Staatshaushalts der DDR“ 372

3.2. Gründung der Deutschen Kreditbank AG am 19. März 1990 Von Horst Hartte 373

4. Die Schlußbilanzen der Volkseigenen Betriebe der DDR zum 30.6.1990 bestätigen empirisch die These von Ludwig von Mises, dass eine Wirtschaftsrechnung in den Betrieben der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der DDR unmöglich war Von Horst Hartte 380

4.1. Die Ludwig von Mises-These von der Unmöglichkeit einer . Wirtschaftsrechnung in der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft 380

4.2. Schlußbilanzen der Volkseigenen Betriebe der DDR zum 30.6.1990: Ohne jegliche ökonomische Aussagekraft. Die Notwendigkeit von DM-Eröffnungsbilanzen zum 1.7.1990 383

4.3. Vergleich mit den Goldmarkbilanzen von 1924 und Vergleich mit den DM-Eröffnungsbilanzen von 1948/49 385

4.4. Vergleichende Betrachtung zwischen der Schlußbilanz in Mark der DDR zum 30.6.1990 und der DM-Eröffnungsbilanz zum 1.7.1990 387

4.5. Auswertung der ersten hundert veröffentlichten DM-Eröffnungsbilanzen 401

4.6. Ergänzende Bestätigung durch die Gesamteröffnungsbilanz der Treuhandanstalt 401

5. Die Privatisierung des Volkseigentums durch die Treuhand anstalt (1990-1994) 403

5.1. Volkseigene Betriebe (VEB)
Von Klaus Krakat 403

5.2. Detlev Karsten Rohwedder: Die Treuhand erfüllt ihren Auftrag: Schnelle Privatisierung – entschlossene Sanierung – behutsame Stilllegung 406

5.3. Vom Plan zum Markt: Erfolge, die schmerzen
Von Gerd v. Gusinski 421

5.3.1. Aus VEB wurden AG und GmbH 421

5.3.2. Mitte 1990 wurde es ernst 428

5.3.3. Zukunftsperspektiven eröffnen 436

5.4. Privatisierte Unternehmen: Träger der wirtschaftlichen Erneuerung
Von Gerd v. Gusinski 448

5.4.1. Vom Plan zum Markt: Weitgehend geschafft 448

5.4.2. Notwendigkeit von Sanierung und Privatisierung 450

5.4.3. Investitionen und Arbeitsplätze als Übernahmebedingung 451

5.4.4. Investoren und ihre Motive 455

5.5. Treuhandanstalt und der Zusammenbruch des RGW
Von Hermann Clement 471

5.5.1. Aufgaben und Ausgangslage für die Treuhandanstalt (THA) 471

5.5.2. Abhängigkeit der DDR-Betriebe vom RGW-Markt 471

5.5.3. Wegfall der Geschäftsgrundlage 473

5.5.4. Wahrnehmung und Reaktion 475

5.6. Die Privatisierung des Handels in den neuen Bundesländern. Ein Überblick aus der Arbeit der GPH Gesellschaft zur Privatisierung des Handels mbH
Von Wolfgang Bernhardt 478

5.7. Kriminalität von Einzelakteuren und Wirtschaftskriminalität im Einigungsprozeß 490

5.7.1. Privatisierung und Kriminalität
Von Kari-Maria Karliczek 490

5.7.2. Wirtschaftskriminalität im Einigungsprozess
Von Kai Renken und Werner Jenke 499

5.8. Die Treuhandanstalt im Bild der Öffentlichkeit. Vor allem die „Bild-Zeitung“, das „Neue Deutschland“, der „Spiegel“, die „tageszeitung“ und die „Superzeitung“ stellten die THA eindeutig negativ dar.
Von Hans Mathias Kepplinger unter Mitwirkung von Christian Kolmer 510

5.8.1. Die Presseresonanz der THA 511

5.8.1.1. Qualitative Analysen: Fallstudien zur Liquidation, Sanierung und Privatisierung 511

5.8.1.2. Quantitative Analysen: Themen und Tendenzen der Berichterstattung 517

5.8.1.3. Vergleich zwischen den Interessen der Anrufer beim Bürgertelefon und den Themen der Berichterstattung 522

III. Die Hinterlassenschaft der SED-Nomenklatura: 23 Jahre (1965-1988) verschleppter Strukturwandel erfordert einen radikalen Neu-Aufbau bei laufendem Betrieb (1990-1994) 529

1. Der verschleppte Strukturwandel: Die DDR besaß 1988 eine Struktur der Wirtschaft wie die BRD 1965 529

2. Das Aus für die Kombinate 531

3. Arbeitsmarkt: Problem Nr. 1. Verdeckte und offene Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern 533

4. Veraltete Strukturen, verschlissener Kapitalstock und personelle Überbesetzung 538

5. Außenwirtschaftliche RGW-Zwänge und ihre Folgen 542

6. Schwierige Integration – massive Unterstützung 548

6.1. Aufbau einer effizienten Verwaltung 549

6.2. Enorme Finanztransfers 551

7. Marktanteile hart umkämpft 554

8. Die Privatisierung durch die Treuhand setzt Zukunftszeichen. Suche nach Investoren. Der Auftrag der Treuhand und seine Realisierung 557

9. Investitionsmotive westdeutscher und ausländischer Unternehmen in den Neuen Bundesländern 561

10. Reges Gründungsgeschehen: Handwerk und Freie Berufe 564

11. Die radikalen ordnungspolitischen Maßnahmen aus einem Guß machen die Neuen Bundesländer zur stärksten Wachstumsregion von allen früheren sozialistischen Ländern in Ost-Europa 571

IV. Die fünf neuen Bundesländer nach der Wiedervereinigung: Eine ökonomische und ökologische Zwischenbilanz (1990-2015) 573

1. Der Neuaufbau der Wirtschaft und der Landwirtschaft 573

1.1. Der Neuaufbau der Wirtschaft
Von Udo Ludwig 573

1.1.1. Der Übergang von der Zentralplanwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft 573

1.1.2. Die Rückkehr zu privatwirtschaftlichen Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln 579

1.1.3. Die Modernisierung der Wirtschaft 587

1.1.4. Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen 592

1.1.5. Gesamtwirtschaftlicher Aufholprozess 598

1.2. Transformation der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern
Von Eberhard Schulze 607

1.3. Der Neuaufbau der Landwirtschaft
Von Udo Ludwig 621

2. Ökologische Zwischenbilanz
Von Karl Mannsfeld 629

3. Familienunternehmen – radikal anders und äußerst erfolgreich
Von Arnold Weissman 650

4. Die Symbolkraft des Wiederaufbaus der Dresdner Frauenkirche für den Neubeginn im vereinten Deutschland
Von Karl Mannsfeld 654

Auswahlbibliographie 661

DRITTER TEIL

Einigkeit, Recht und Freiheit
25 Jahre deutsche Wiedervereinigung (1990-2015)

Die Väter der deutschen Einheit:
George Bush sen., Helmut Kohl, Michail Gorbatschow

George Bush und die deutsche Wiedervereinigung 1989/90[1]

Von Horst Möller

Wäre es ohne die USA 1989/1990 zur Wiedervereinigung Deutschlands gekommen? Die Frage ist spekulativ, zeigt aber das Problem: Vom Frühjahr 1989 bis zum Sommer 1990 gab es zahlreiche wichtige Akteure im diplomatischen Prozess, der die Wiedervereinigung herbeiführte. Drei Staatsmänner aber spielten eine zentrale Rolle: der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbačev und der amerikanische Präsident George Bush sen. Zwar standen sie in diesem weltpolitischen Schachspiel nicht allein, auch andere Staatsmänner sowie ihre politischen und diplomatischen Berater nahmen wichtige Aufgaben wahr, beispielsweise die Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Eduard Ševardnadze und James Baker, doch ohne die drei erstgenannten führenden Politiker wären die Verhandlungen anders verlaufen: Die politische Mitwirkung der amerikanischen und der europäischen Regierungen war unterschiedlich, Zustimmung und Ablehnung waren ebenso wie der jeweilige Zeitpunkt für ihr Engagement verschieden; bei fast allen Akteuren veränderte sich während weniger Monate ihre Haltung.

Die einleitende Frage bleibt hypothetisch, nicht aber die folgende Feststellung: Präsident Bush hat früher als andere Staatsmänner den weltpolitischen Wandel infolge der Auflösung der kommunistischen Diktaturen erkannt und in diesem Prozess früher als alle anderen eine Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands gesehen. Er ist jedoch noch weitergegangen, er hat diese Möglichkeit begrüßt. Und während der dritte entscheidende Akteur, die sowjetische Führung, nur widerwillig und zögerlich diese Richtung einschlug, war Bush neben Kohl derjenige, der die Wiedervereinigungspolitik mit Energie vorangetrieben hat. Allerdings gab es auch in der amerikanischen Administration unterschiedliche Positionen, außerdem banden die USA ihre Unterstützung an Bedingungen, ohne deren Erfüllung sie der Wiedervereinigung nicht zugestimmt hätten.

Bereits am 12. Mai 1989 schrieb Präsident Bush vertraulich an Bundeskanzler Kohl, „dass sich uns eine historische Chance bietet“, die Ost-West-Beziehungen zu

---

1 Gekürzter und bearbeiteter Text eines Vortrags bei der „Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen“, Sept. 2003, in: Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen. Herausgegeben im Auftrag der Gemeinsamen Kommission von Horst Möller und Aleksandr Cubarjan, Bd. 3, München 2008, S. 38-49.

verändern.[2] Welche Konsequenzen daraus für Deutschland zu ziehen waren, blieb zu diesem Zeitpunkt allerdings offen. Noch im Herbst 1989 zeichneten sich zwei Denkschulen in der amerikanischen Administration ab: Sie stimmen aber in der grundlegenden Diagnose überein, dass der weltpolitische Wandel eine nachhaltige Veränderung der innerdeutschen Beziehungen herbeiführen werde. Die Differenz lag im Ausmaß dieser Konsequenz. Außenminister James Baker sprach in einer Rede am 16. Oktober 1989 in New York vor der Foreign Policy Association noch von „reconciliation", Bush hingegen in einem Interview mit der New York Times am 24. Oktober, das unmittelbar nach einem Telefongespräch mit Kohl stattfand, von „reunification". Der amerikanische Präsident erklärte unter anderem: er teile nicht die Sorge einiger europäischer Länder hinsichtlich einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands, er befürchte keinen deutschen Neutralismus. Es sei Aufgabe der deutschen, britischen und französischen NATO-Partner, sich über dieses Thema zu verständigen.

Der Führer der demokratischen Mehrheit des amerikanischen Senats, George Mitchell, bezeichnete die Wiedervereinigung sogar schon im Oktober 1989 als „unvermeidlich". Die Mauer werde in relativ kurzer Zeit abgerissen werden, es werde zu einem „gewissen Grad an größerem Föderalismus zwischen Ost- und Westdeutschland" kommen.[3]

Warum erwiesen sich die USA so aufgeschlossen gegenüber der konstruktiven Lösung der deutschen Frage?

Eine Reihe langfristiger Gründe standen neben kurzfristigen. Die langfristigen nenne ich nur summarisch, die unmittelbare Vorgeschichte behandle ich etwas ausführlicher.

1. Schon während der Besatzungsjahre steuerten die Amerikaner früher und intensiver als die anderen Besatzungsmächte auf den Wiederaufbau einer deutschen Demokratie zu. Sie betrachteten die Teilung als Ergebnis des Kalten Krieges und setzten auf eine schnelle politische, ökonomische und verteidigungspolitisch-strategische Integration der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. Im Laufe der Jahrzehnte war die Bundesrepublik auch ökonomisch zu einem der wichtigsten Partner der USA geworden. Da die Amerikaner selbst in großräumigen Kategorien dachten, lag für sie die Integration Europas auch im amerikanischen Interesse. Die Zweiteilung Europas betrachteten die USA nicht als endgültig. Stärker als andere Staaten des Westens verbanden sie die militärische Sicherung mit einer politischen Mission zugunsten der weltpolitischen Ausdehnung der demokratischen Staaten. Aufgrund dieser Ausgangsbasis standen für die amerikanische Politik militärische Scherung des Westens, Antikommunismus und Demokratisierung Osteuropas, die Ostdeutschland einbezog, in einem Zusammenhang. Die damals naiv erscheinende Berliner Rede, die Präsident Ronald Reagan vor dem Brandenburger

---

2 Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): Dokumentation der Preisverleihung an George Bush am 13. November 1999. Sonderausgabe. Politische Studien, München 1999, S. 60, 63 f., 75.

3 Zusammenfassung dieser Äußerungen in einem Bericht Teltschiks für Bundeskanzler Kohl am 24. Oktober 1989, in: ebd., S. 465-467.

Tor an die Adresse des sowjetischen Generalsekretärs richtete: „Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor, reißen Sie diese Mauer nieder!“, zielte zwar – wie alle vergleichbaren Reden – auf den öffentlichkeitswirksamen rhetorischen Effekt, besaß aber zugleich eine ideelle, auf Demokratisierung und Freiheit ausgerichtete Komponente.

2. Die kurzfristigen Gründe für die Sensibilität der amerikanischen Führung in Bezug auf die deutsche Frage lagen in der Sicherheitspolitik. Die neue amerikanische Regierung Bush bereitete seit 1987 eine außen- und sicherheitspolitische Bestandsaufnahme vor. Sie behandelte auch Perestroika und Glasnost’ in der Sowjetunion und sollte Grundlage des außenpolitischen Konzepts der Bush-Administration werden. Aus Präsident Bushs erster diesbezüglicher Weisung an den Politischen Koordinierungsausschuss ging die Analyse unter dem Titel „Nationale Sicherheitsüberprüfung – Westeuropa 12“ (*NSR 12*) hervor. In ihr findet sich eine zusammenhängende Darstellung der Beziehungen der USA und Westeuropas zur Sowjetunion unter dem Aspekt der Verteidigungspolitik und der Rüstungskontrolle.

Weitere Analysen folgten, doch waren es, wie Philip Zelikow – damals außenpolitischer Berater in der Bush-Administration – und Condoleezza Rice feststellten, nicht die Analysen, sondern die Ereignisse, die eine Wendung herbeiführten. Bush wollte vermeiden, dass sich die Niederschlagung von Reformbewegungen durch sowjetische Truppen wie in Ungarn 1956 und Prag 1968 wiederholte. Er wartete deshalb, bis das Solidarność-Verbot in Polen aufgehoben wurde, bevor er am 17. April 1989 ein offizielles Signal gab: Hilfe aus dem Westen könne gleichzeitig mit einer Liberalisierung in den osteuropäischen Staaten erfolgen.

„Der Westen kann jetzt eine kühne Vision der Zukunft Europas mutig Vorschlagen: Wir träumen von dem Tag. an dem es keine Schranken für die Bewegungsfreiheit von Menschen, Waren und Ideen mehr gibt“.[4]

Präsident Bush verfolgte von Beginn seiner Amtszeit an viel weitergehende Ziele als die führenden Beamten des Außenministeriums, er wünschte eine Revision der gesamten Europapolitik, die den Auflösungserscheinungen innerhalb der kommunistischen Diktaturen Rechnung trug. In Bezug auf die Deutschlandpolitik wurden die beiden unterschiedlichen Positionen schon im März 1989 deutlich: So betrachtete die Leiterin des Koordinierungsausschusses für Europapolitik, die frühere amerikanische Botschafterin in der DDR Rozanne Ridgway den Status quo als Basis des Friedens, sie hielt es – in Übereinstimmung mit der Mehrheitsmeinung im amerikanischen Außenministerium – nicht allein für voreilig, sondern auch für unklug, die deutsche Frage von amerikanischer Seite aufzugreifen. Demgegenüber verraten andere Mitglieder des Ausschusses, Philip Zelikow und Robert Blackwill, die USA müssten ihrerseits in der deutschen Frage in die Offensive gehen, wenn

4 Zelikow, Philip / Rice, Condoleezza: Sternstunden der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas. 2. Aufl., Berlin 1997, S. 54.

der Kalte Krieg sich dem Ende nähere.[5] Auch innerhalb der CIA sowie bei den Vereinigten Stabschefs bestanden analog die beiden Positionen. Außenminister James Baker und seine engsten Berater repräsentierten eher die Status-quo-Politik.

Damit sind die beiden hauptsächlichen Denkschulen bezeichnet, es hing nun zum einen von der politischen Entwicklung selbst ab, zum anderen von der Zielsetzung des amerikanischen Präsidenten. Dabei kam es entscheidend auf die Reaktion an, denn das Tempo der Entwicklung bestimmten nicht die Politiker des Westens. Dies haben nicht nur Diplomaten verkannt, sondern auch Staatsmänner wie François Mitterrand. Doch anders als Margaret Thatcher, die aufgrund ihrer Starrheit und ihres Denkens in Klischees zu einer realistischen außenpolitischen Diagnose unfähig war, erwies sich der französische Staatspräsident nach anfänglich eher hinhaltendem Widerstand als flexibel. Seit dem Zusammentreffen mit Bundeskanzler Kohl in Larché am 4. Januar 1990 modifizierte er seine Haltung, dadurch gewann er im Zusammenwirken mit Kohl Einfluss, zwar nicht auf den Prozess der Wiedervereinigung im engeren Sinn, aber auf ihre europapolitische Einbindung.

Je stärker sich in den USA im Laufe der Monate die Waage zu einer offensiven Europa- und Deutschlandpolitik neigte, desto mehr geriet die britische Politik in die Isolation, zumal sie zunächst ähnlich wie Mitterrand auf Gorbačevs Weigerung vertraute, die sowjetische Deutschlandpolitik zu verändern; einmal mehr erwies sich, dass amerikanisch-britische Kooperation nicht so selbstverständlich ist, wie es heute erscheint.

Aus Anlass der Europareisen des amerikanischen Präsidenten mit dem 40-jährigen NATO-Jubiläum als Höhepunkt stand im Übrigen eine neue sicherheitspolitische Initiative auf der Tagesordnung. Innerhalb der NATO und in der Bundesrepublik gab es Streit über eine Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen (Lacos), innerhalb der amerikanischen Administration vertraten der Sicherheitsberater von Präsident Bush, Brent Scowcroft, und sein Stab die Auffassung, die USA hätten das konventionelle Gleichgewicht in Europa zu lange vernachlässigt, eine sicherheitspolitische Initiative sei an der Zeit. Ergebnis war der Vorschlag, sehr zügig zu einer dramatischen Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa zu gelangen und so das konventionelle Gleichgewicht herzustellen.

Tatsächlich bot der Brüsseler NATO-Gipfel am 29. und 30. Mai 1989, der durch die amerikanische Diplomatie mit geheim gehaltenen Informationsreisen zu den wichtigsten Partnern vorbereitet wurde, die beste Gelegenheit. Der stellvertretende Außenminister Lawrence Eagleburger und Robert Gates, Stellvertreter Scowcrofts, wurden zu Margaret Thatcher, François Mitterrand und Helmut Kohl gesandt. Nicht nur der NATO-Gipfel wurde ein großer Erfolg für die amerikanische Politik, die hier nicht allein ihre machtpolitische, sondern ihre konzeptionelle Führungsrolle bewies. Auch die anschließenden Pressekonferenzen und die Reise Bushs durch die Bundesrepublik boten Gelegenheit, die neue Vision vom Ende des Kalten Krieges, dem Ende der weltpolitischen Teilung und der Teilung Europas zu

5 Ebd., S. 55.

verkünden sowie schließlich in diesem Kontext eine Lösung der deutschen Frage anzudeuten.

Wie reagierten die USA auf die dramatischen Veränderungen vom Oktober und November 1989? Die prinzipielle Bereitschaft zur konstruktiven Lösung der deutschen Frage war seit Monaten erkennbar. Präsident Bush musste sich durch die Entwicklung bestätigt fühlen, die Frage war, zu welchen Bedingungen die USA die Wiedervereinigung selbst aktiv betreiben wollten, nicht aber mehr, ob sie sie prinzipiell wollten. In der amerikanischen Außenpolitik gewann diejenige Denkschule an Boden, die für Präsident Bushs konstruktive Deutschlandpolitik eintrat. Präsident Bush hatte in seiner Rede am 31. Mai 1989 in Mainz konkret an Reagans Berliner Appell angeknüpft:

„Wie in Ungarn müssen überall in Osteuropa die Grenzen fallen. Nirgends wird die Trennung zwischen Ost und West deutlicher als in Berlin. Dort trennt die brutale Mauer Nachbar von Nachbar, Bruder von Bruder. Diese Mauer ist ein Monument des Versagens des Kommunismus. Sie muss fallen".[6]

Der Unterschied zur Rede Reagans lag in der Situation. Zum einen sprach Bush vom „Versagen des Kommunismus" zu einem Zeitpunkt, als das System an vielen Stellen zu bröckeln begann, zum anderen verwies er auf Ungarn, wo die Auflösung schon weit fortgeschritten war. Ungarn sollte wenige Monate später eine noch entscheidendere Rolle spielen, als Ministerpräsident Miklós Németh und Außenminister Gyula Horn nach Verhandlungen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher die Grenze nach Österreich öffneten und damit der Fluchtweg aus der DDR über Ungarn offen war. Nachdem auch für die 6.000 DDR-Flüchtlinge in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag Ende September eine Lösung durch Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung gefunden worden war, hatte die Mauer Löcher bekommen, bevor sie tatsächlich am 9. November geöffnet wurde.

Auf der anderen Seite war nicht klar, wie die Sowjetunion reagieren würde, die auf dem vergleichsweise kleinen Territorium der DDR (110.000 km^2) nahezu 400.000 Angehörige der Roten Armee stationiert hatte. Auch Kurzschlusshandlungen der sowjetischen Armee oder der DDR-Führung, die immerhin über die Nationale Volksarmee und paramilitärische Einheiten der Volkspolizei verfügte, waren in dieser dramatischen Situation nicht ausgeschlossen. Die Zahl und die Teilnehmer der Demonstrationen gegen das DDR-Regime wuchsen ständig, die Situation wurde beinahe täglich kritischer. Die Destabilisierung des Warschauer Paktes und der kommunistischen Regime barg also durchaus Gefahren. Aber noch am 9. November sagte Baker in einem Telefongespräch zu Genscher:

„Die Vereinigten Staaten begrüßen die dramatischen Ereignisse, aber es ist noch ein langer Weg von der Reisefreiheit bis zur Vereinigung. Vielleicht ist es voreilig, die Vereinigung jetzt anzusprechen".

---

6 Baker, James Addison: Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen, Berlin 1996, S. 150 f.

Andererseits hatte der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik, Vernon Walters – ohne von Baker dazu autorisiert zu sein – im Herbst 1989 mehrfach öffentlich die Wiedervereinigung prophezeit. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass öffentliche Erklärungen der Beteiligten damals den Zweck hatten, den Boden jeweils für die eigenen Vorstellungen zu bereiten.

Im November lautete die Frage nicht mehr, ob die USA die Wiedervereinigung im Prinzip wollten, sondern zu welchen Bedingungen sie die Wiedervereinigung selbst aktiv betreiben würden. In der amerikanischen Außenpolitik hatte sich diejenige Denkschule durchgesetzt, die für die Wiedervereinigung, und damit Präsident Bushs Politik eintrat. Außenminister James Baker hat in seinen Erinnerungen „The Politics of Diplomacy" (1995) diesen Prozess beschrieben. So mussten beispielsweise noch im September Redeentwürfe mehrmals überarbeitet werden, damit die Presse nicht die unterschiedlichen Positionen innerhalb der amerikanischen Außenpolitik heraushören konnte. In diesem Fall hätte die sowjetische Politik vermutlich versucht, mit der ihr genehmeren Richtung eine restriktive Politik in der Wiedervereinigungsfrage durchzusetzen. Zu Recht konstatierte Baker:

„In gewisser Weise ist die internationale Politik ein ständiger Verhandlungsprozess. 1989, als der Niedergang der Großmacht Sowjetunion sich abzeichnete, gab es keine kritischeren Verhandlungen als jene, die die Art und Weise dieses Niedergangs regeln sollten. Imperien entschwinden nicht einfach still in die Nacht; Macht wird selten einfach abgegeben, friedliche Transitionen sind die Ausnahme. Zwar war bis Jahresmitte ziemlich sicher, dass die Sowjets ihre Positionen rund um den Globus abbauen würden, doch die entscheidende Frage lautete: Wie weit wird der Kreml tatsächlich gehen?"[7]

So war Gorbačev sehr verärgert, als Präsident Bush nach dem NATO-Gipfel im Juli 1989 nach Polen und Ungarn reiste und dort begeistert begrüßt wurde. Bushs Triumph wurde zu Recht als Niederlage der Sowjetunion in ihrer eigenen machtpolitischen Einflusszone, also innerhalb des Warschauer Pakts, angesehen. Auch die deutsche Frage war eingebettet in die gesamte transatlantische Politik der USA.

Als die Zielrichtung klar war, kristallisierten sich Ende November 1989 vier Bedingungen der amerikanischen Politik heraus. Anlass war der 10-Punkte-Plan, den der Bundeskanzler am 28. November im Deutschen Bundestag ohne Absprache mit irgendeiner Regierung oder auch nur seinen Ministern vorgetragen hatte. Washington erkannte, dass Kohl damit das Gesetz des Handelns an sich gerissen hatte und wollte ihn bremsen bzw. das Verfahren bestimmen. Die vier amerikanischen Bedingungen lauteten:

1. Ohne verschiedene Varianten der Wiedervereinigung auszuschließen, musste das Prinzip der Selbstbestimmung der Deutschen, in dieser Situation also der DDR-Bevölkerung, gelten.

---

7 Ebd., S. 122f.

2. Die deutsche Vereinigung müsse im Kontext der dauerhaften Verankerung des vereinigten Deutschland in der NATO und der sich weiter integrierenden Europäischen Gemeinschaft erfolgen. Dabei mussten die alliierten Rechte in Deutschland berücksichtigt werden.
3. Die Vereinigung musste schrittweise und friedlich erfolgen.
4. Die Unverletzlichkeit der Grenzen, wie sie in der Schlussakte der KSZE in Helsinki gefordert wurde, musste auch für ein vereinigtes Deutschland gelten. Konkret bedeutete dies die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnischer Grenze durch das vereinigte Deutschland.[8]

Für die USA galt im Übrigen die gleiche Verpflichtung wie für Frankreich und Großbritannien. Sie alle hatten sich im Deutschlandvertrag in der Fassung vom 23. Oktober 1954 in Artikel 7 verpflichtet, sich für die Wiedervereinigung einzusetzen, trotzdem stellte sich für die amerikanische Regierung die Frage, wie es gelingen konnte, den Einklang zwischen Washington, Paris, London und Bonn herzustellen. Am 2./3. Dezember aber wartete auf den amerikanischen Präsidenten nicht allein die Frage der westalliierten Abstimmung, sondern das erste persönliche Treffen mit Gorbačev, der zu diesem Zeitpunkt nicht allein den amerikanischen Bedingungen, sondern der Wiedervereinigung überhaupt ablehnend gegenüberstand.

Die Präsidentenberater Robert D. Blackwill, Condoleezza Rice, Philip Zelikow und Dennis Ross rieten dem Präsidenten für das Treffen auf dem Kreuzer „Maxim Gorki" vor Malta, weiterhin am Ziel der Wiedervereinigung festzuhalten, aber den Vorschlag einer Vier-Mächte-Konferenz zurückzuweisen. Bushs Eindruck von dem Treffen war fälschlicherweise, dass Gorbačev die Wiedervereinigung nicht grundsätzlich ablehne, aber Vorsicht beim Verfahren verlange. Deshalb legte der amerikanische Präsident anschließend den Bundeskanzler darauf fest, vernünftig und nicht zu schnell zu agieren, um Gorbačev nicht in Bedrängnis zu bringen. Der Zehn-Punkte-Plan dürfe nicht als Zeitplan verstanden werden. NATO-Mitgliedschaft und zunehmende europäische Integration mit dem vereinigten Deutschland als Mitglied seien unverzichtbare Voraussetzungen. Kohl stimmte Letzterem zu, wollte aber möglichst schnell freie Wahlen in der DDR und eine anschließende Konföderation beider deutscher Staaten als nächsten Schritt zur Wiedervereinigung.

Tatsächlich stellte sich aber schon bald heraus, dass Gorbačev keineswegs so weit gehen wollte. Er habe nichts gegen eine Demokratisierung der DDR, gehe aber von ihrer Fortexistenz und ihrem Verbleib im Warschauer Pakt aus, die Einheit könne als Endziel betrachtet werden. Während der nächsten Wochen verschärfte sich die Situation, während gleichzeitig innerdeutsche Verhandlungen über westliche Wirtschaftshilfe, freie Wahlen, Zeitplan und mögliche Formen der Vereinigung stattfanden. Beim Besuch Kohls in Dresden am 19. Dezember kam er nicht allein

---

8 Ebd., S. 160. Zelikow / Rice: Sternstunden, S. 115. Küsters / Hofmann: Deutsche Einheit, S. 65.

mit Ministerpräsident Modrow zusammen, um diese Fragen zu besprechen, sondern sprach auch zu Hunderttausenden. Der Ruf während der Demonstrationen, „Wir sind das Volk!“ wurde zu „Wir sind ein Volk!“. Die Dynamik der Bürgerrechtsbewegung in der DDR gewann zunehmend Einfluss auf die internationale Diplomatie und bestärkte Kohl in dem Ziel, die Weichen für die Wiedervereinigung unwiderruflich zu stellen. Dabei blieben die zögerlichen Reaktionen aus dem Westen, die prinzipielle Unterstützung Washingtons und die Ablehnung durch Moskau auszutarieren. Die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik, die für diese selbst, aber auch für Washington eine unverzichtbare Bedingung der Wiedervereinigung blieb, stellte bis zum Sommer 1990 das größte Hindernis dar. Es bedurfte langwieriger Verhandlungen von Seiten Washingtons und Bonns mit Moskau, um diese Bedingung durchzusetzen.

In der zweiten Hälfte des Januar 1990 legten die Regierungen in Washington, Moskau und Bonn den Fahrplan und die Verfahrensweise fest. Washington sah sich vor drei zentrale Herausforderungen gestellt:

1. Wie schnell sollte die Wiedervereinigung realisiert werden?
2. Wie sollten die außenpolitischen bzw. internationalen Aspekte der Wiedervereinigung geregelt werden?
3. Welche Bedingungen könnten die NATO-Partner akzeptieren?

Für Washington bestand vor allem das Problem, seine in völliger Übereinstimmung mit der Bundesregierung und den NATO-Partnern formulierte Bedingung der dauernden NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland nicht zum Bumerang werden zu lassen. Die Sowjetunion hätte andernfalls den Spieß umdrehen können. Sie hätte behaupten können, nicht sie, sondern die USA hätten die Wiedervereinigung durch die für die Sowjetunion unakzeptable Bedingung der NATO-Mitgliedschaft verhindert.[9]

Über das Prozedere, nicht das Ziel, bestanden noch Differenzen zwischen dem State Department und dem Stab des Präsidenten. Sie betrafen die Frage, welche Bedeutung der Sowjetunion im Prozess der Wiedervereinigung zukommen solle und welcher Zeitplan vorzusehen war. Die Präsidentenberater im Weißen Haus plädierten aus Rücksicht auf die Deutschen für eine schnelle Wiedervereinigung, sofern es um die inneren Probleme gehe, aber für eine gewisse Verzögerung der außenpolitischen Verhandlungen, um Zeit für die Verhandlungen mit der Sowjetunion zu gewinnen. Das State Department wollte der Sowjetunion demgegenüber eine stärkere Rolle einräumen. Ross und Zoellick fürchteten gar, andernfalls könne die Bundesrepublik den Versuch machen, ihrerseits allein mit der Sowjetunion zu verhandeln, wodurch die USA ihre Einwirkungsmöglichkeiten verlören. Dies war eine abwegige Befürchtung, hatten doch Kohl und Genscher – mit der einen Ausnahme des Zehn-Punkte-Plans – immer auf eine sehr enge Abstimmung nicht allein mit den USA, sondern seit Anfang Januar 1990 erneut auch mit Frankreich und anderen Verbündeten Wert gelegt. Andererseits konnte die Bundesregierung nicht davon

9 Zelikow / Rice: Sternstunden, S. 165 f. Küsters / Hofmann: Deutsche Einheit, S. 84 f.

absehen, dass die Ausreisewelle und die Fluchtbewegung aus der DDR enorm anschwoll und sich noch immer verstärkte. Allein im Jahre 1989 hatten fast 350.000 Personen die DDR verlassen – bei 16 Millionen Einwohnern eine beträchtliche Zahl.

Die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 brachten einen Sieg der durch die CDU geführten „Allianz für Deutschland". Sie bildete eine große Koalition unter Führung des CDU-Politikers Lothar de Maizière, in der auch die SPD vertreten war. Nachdem sich die Mächte auf das Verfahren geeinigt hatten, begannen im Mai 1990 die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen der Außenminister, die bis Juli 1990 abgeschlossen wurden. Die Vereinbarungen dienten als Ersatz für einen Friedensvertrag und sahen die endgültige Anerkennung der bestehenden Grenzen durch Beschlüsse des Deutschen Bundestages und der nun demokratisch gewählten Volkskammer der DDR vor.

Der entscheidende Durchbruch in der Frage der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland gelang in zwei Schritten, beim Besuch Michail Gorbačevs in Washington vom 30. Mai bis 3. Juni 1990 sowie beim Besuch Helmut Kohls in Moskau bzw. dem Ferienort Gorbačevs am 15. und I7. Juli 1990. Die Stärke der Bundeswehr wurde auf 370.000 Mann festgelegt.

Auch bei der Vorbereitung der beiden wichtigsten Treffen haben sich Bush und Kohl jeweils in Telefongesprächen eng abgestimmt. So sagte der Bundeskanzler dem amerikanischen Präsidenten am 30. Mai, beide Staaten müssten gegenüber Gorbačev in Bezug auf eine bedingungslose NATO-Mitgliedschaft Deutschlands unbedingt hart bleiben.[10] Am 3. Juni erklärte der Präsident in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Gorbačev, der beiderseitige Verhandlungen über die Formulierung vorausgegangen waren: Ein „vereinigtes Deutschland solle Vollmitglied der NATO sein". Auch wenn Gorbačev diese Ansicht nicht teile, seien beide „in voller Übereinstimmung, dass die Frage der Bündniszugehörigkeit gemäß der Schlussakte von Helsinki eine Angelegenheit ist, die von den Deutschen entschieden werden müsse".[11]

Die Frage, ob das Treffen vom 31. Mai bis 3. Juni in Washington bereits die Akzeptanz Gorbačevs für die NATO-Mitgliedschaft gebracht hat, ist in der Forschung umstritten. Eindeutig ist indessen die Formulierung von George Bush im Fernschreiben an Helmut Kohl am 4. Juni 1990:

„In dem Maße, wie wir den sowjetischen Sicherheitsinteressen außerhalb der 2+4-Gespräche Rechnung tragen können, werden unsere Chancen steigen, dass wir Gorbačev dazu bewegen können, ein vereinigtes Deutschland als volles Mitglied der NATO zu akzeptieren".[12]

---

10 Küsters / Hofmann: Deutsche Einheit, S. 1161.

11 Ebd., S. 1178: Public Papers of the Presidents of the Unites States, George H. W. Bush, 1989, Book 1, January 20 to June 30, Washington 1989, S. 756. Baker: Drei Jahre, S. 226. Michail Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 723.

12 Küsters / Hofmann: Deutsche Einheit, S. 1178 f.

Die Hinweise von Bush bezogen sich auf den NATO-Gipfel und die bilateralen Beziehungen mit der Sowjetunion. Tatsache ist also, dass Gorbačevs Zustimmung zu Bushs Formulierung ein wesentlicher Fortschritt, noch nicht aber der endgültige Durchbruch war. Dieser kam erst am letzten Tag von Helmut Kohls Besuch bei Gorbačev am 15./16. Juli 1990, der genau an dem Punkt anknüpfte, den Bush bezeichnet hatte.

Bei seiner Mitteilung an Bush über die Verhandlungsergebnisse erklärte der Bundeskanzler am 17. Juli in einem Telefongespräch, er habe mit der von Gorbačev schließlich akzeptierten Formulierung an die Formel von Camp David am 24./25. Februar angeknüpft.[13] Das Gesprächsergebnis fasste der Bundeskanzler am gleichen Tag in einem Schreiben an Staatspräsident Mitterrand zusammen.[14] Die britische Premierministerin sandte ebenfalls am 17. Juli 1990 ein Schreiben:

„Dear Helmut, I send you my warmest congratulations on the success of your visit to the Soviet Union. Securing President Gorbachev's agreement to a united Germany in NATO is a mighty step forward in the interests of Europe and the West as a whole [...] *Warm regards yours ever Margaret"*.[15]

In seiner Laudatio bei der Verleihung des Franz-Josef-Strauß-Preises an George Bush am 13. November 1999 erklärte Helmut Kohl: „Viel weitsichtiger als viele Beobachter in den Vereinigten Staaten, als viele in Europa und auch bei uns in Deutschland, hat George Bush die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa erkannt und die Entwicklungen vorausgeahnt. [...] Für George Bush war von Anfang an klar, dass der gemeinsame Wille der Deutschen zu Einheit und Freiheit, dass das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes Vorrang haben muss vor allen geopolitischen Überlegungen von europäischem Gleichgewicht und Machtbalance. [...] Wir haben nicht vergessen, dass es seine Unterstützung war, die uns auch geholfen hat, die aus den bitteren Erfahrungen unserer Geschichte kommenden Vorbehalte mancher unserer westlichen Partner und Verbündeten bei der Wiedervereinigung aus dem Weg zu räumen. [...] Die Tatkraft von George Bush hat entscheidend dazu beigetragen, dass in unglaublich kurzer Zeit von knapp elf Monaten die deutsche Einheit Wirklichkeit wurde. [...] Mit dem Namen des 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten, mit Präsident George Bush ist die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit untrennbar verbunden".[16]

---

13 Ebd., S. 1372.

14 Ebd., S. 1374f.

15 Ebd., S. 1377.

16 Franz-Josef-Strauß-Preis 1999. Dokumentation der Preisverleihung an George Bush, Grünwald 1999, S. 60 ff., 75.

Helmut Kohl – Kanzler der deutschen Einheit

Von Horst Möller

1. Je länger die deutsche Teilung dauerte, desto weniger Deutsche glaubten an die Möglichkeit der Wiedervereinigung, selbst das verfassungsrechtlich bindende Gebot in der Präambel des Grundgesetzes, die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit zu vollenden, wurde in weiten Teilen der Öffentlichkeit als deklamatorisch angesehen. Als der damalige CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß 1973 eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Frage erzwang und es die unveränderte Gültigkeit dieses Gebots bekräftigte, legten ihm das seine politischen Gegner als Kalte-Kriegs-Politik aus. Als Bundeskanzler Helmut Kohl am 7. September 1987 – also gut zwei Jahre vor dem Zusammenbruch der DDR - in seiner Begrüßungsrede für den DDR-Staatsratsvorsitzenden in Bonn erklärte: „Die Bundesregierung hält fest an der Einheit der Nation, und wir wollen, daß alle Deutschen in gemeinsamer Freiheit zueinander finden können“, sprachen seine Kritiker von „Wiedervereinigungsrhetorik“. Noch am 11. Mai 1989 erklärte der damalige niedersächsische Ministerpräsident und spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder: „Ich kann mir eine Einheit, die die Wiederherstellung des Nationalstaates zum Ziel hätte, unter den Bedingungen wie ich sie erwarte, nicht vorstellen [...]“. Und der damalige ebenfalls sozialdemokratische Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, sagte keine zwei Monate vor der Öffnung der Berliner Mauer am 14. September 1989: Die „zurzeit stattfindenden Übungen in Wiedervereinigungsrhetorik helfen niemandem [...]. Es geht nicht um Wiedervereinigung, sondern es geht darum, daß die DDR ihre Krise löst und daß den Menschen die Selbstbestimmung gewährt wird, die sie selbst wollen“. Das neue Grundsatzprogramm der SPD vom Januar 1989 betonte zwar das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung, doch müsse offen bleiben, „ob und in welcher Form die Deutschen in beiden Staaten in einer europäischen Friedensordnung zu institutioneller Gemeinschaft finden“. Diese Formulierungen waren zumindest unentschieden, vielleicht ein bewusst zweideutiger Kompromiss, zumal es auch in der SPD weiterhin Befürworter der Wiedervereinigung gab.

In den europäischen Nachbarländern sahen die führenden Politiker die Wiedervereinigung eher noch skeptischer, obwohl über Jahrzehnte hinweg der Anspruch der Bundesrepublik Deutschland auf die deutsche Einheit verbal akzeptiert worden war. Entscheidend aber blieb: Alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik waren auf diesen grundgesetzlichen Auftrag verpflichtet und mussten folglich die deutsche Frage völkerrechtlich offenhalten. Da diese Rechtsposition jedoch bei immer mehr Politikern und in der öffentlichen Meinung zunehmend fraglicher wurde, gewann das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagen-Vertrag, das die Bayerische Staatsregierung auf Druck von Strauß durch ihre Klage herbeigeführt hatte, seine fundamentale politische Bedeutung. Trotzdem unterliegt es keinem Zweifel: Weder für alle Regierungen der Nachbarstaaten, noch für die engeren Verbündeten, noch für alle deutsche Spitzenpolitiker war die Wiederver-

einigung ein unbestrittenes und selbstverständliches Ziel, obwohl es vom Grundgesetz vorgegeben wurde.

2. Die längerfristige Entwicklung nach 1945 hatte infolge des Kalten Krieges die Teilung Deutschlands und Europas vertieft. Trotz gemeinsamer Sprache, Kultur und Herkunft, trotz vieler verwandtschaftlicher und freundschaftlicher Verbindungen, trotz der durch Rundfunk und Fernsehen gegen den Willen der DDR-Führung aufrecht erhaltenen Kommunikationseinheit zwischen West und Ost war die wachsende Kluft innerhalb Deutschlands, die durch die ständige DDR-Propaganda und andere Maßnahmen vergrößert wurde, unverkennbar. Chancen, wenigstens mentalitätsmäßig die Einheit der Nation zu bewahren, erwuchsen aus einer Reihe von Abkommen seit den 1970er Jahren, die Kontakte ermöglichten, vor allem aber aus Abschwächungen des Ost-West-Gegensatzes. Doch tatsächlich blieben solche Chancen politisch begrenzt, wie mehrere Tauwetterperioden, z. B. partiell erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen oder der KSZE-Prozess 1973/1975 zeigten. Stärkere Wirkungen konnten nur von innerkommunistischen Reformprozessen bzw. einer Schwächung der beherrschenden Führungsmacht des Warschauer Paktes – der Sowjetunion – ausgehen. Und hier lagen im letzten Jahrzehnt vor dem Zusammenbruch der DDR die entscheidenden Voraussetzungen für die Chancen auf Wiedervereinigung. Trotz aller autonomen Entwicklung innerhalb der SED-Diktatur blieb sie machtpolitisch von der Sowjetunion abhängig.

Zwei Ursachen stehen am Beginn der Auflösungserscheinungen des Sowjetblocks, die auch die innerdeutsche Entwicklung bedingten, die erste und ausschlaggebende liegt in der Sowjetunion selbst: Die nach dem Doppelbeschluss der NATO 1979 beginnende Nachrüstung überforderte die wirtschaftlich aufgrund ihrer kommunistischen Systemzwänge schwächelnde Sowjetunion. Das inzwischen gerontokratische, wenn nicht sklerotische Führungssystem der KPdSU war nicht in der Lage, notwendige Reformen durchzuführen. Als der neue Generalsekretär Michail Gorbatschow mit zunächst zaghaften Reformen begann, geschah es in letzter Minute oder schon zu spät. Eingedenk der generellen Diagnose von Alexis de Tocqueville, der gefährlichste Augenblick für ein schlechtes Regierungssystem ist der der Reform.

Wenngleich sich in den Nachkriegsjahrzehnten immer wieder Aufstände und Proteste im kommunistischen Machtbereich ereigneten, beispielsweise am 17. Juni 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in Prag, schlug die Rote Armee sie blutig nieder. Doch entwickelte sich seit 1980 mit der Solidarność in Polen eine anwachsende organisierte Arbeiteropposition, der das Regime trotz des verhängten Kriegsrechts nicht wirklich Herr werden konnte. Dieses erste Beispiel einer kommunistischen Diktatur, in der es trotz brutaler Maßnahmen nicht gelang, die Opposition zu unterdrücken, erwies sich als Menetekel auch für die anderen Diktaturen und damit als zweiter wesentlicher Faktor für deren Machtverlust während der 1980er Jahre. Zugleich bildete seit 1974 der menschenrechtliche sogenannte Korb III des Helsinki-Vertrages einen Berufungsgrund für Dissidenten, dem die DDR-Führung unter Honecker mit einem starken Ausbau des Repressionsapparats

des Staatssicherheitsdienstes zu begegnen versuchte. Trotzdem entwickelten sich in der DDR, zum Teil unter kirchlichem Dach, Friedens- und Umweltbewegungen, die immer stärker oppositionellen Charakter annahmen. Die Ausbürgerung der Liedermachers Wolf Biermann 1976 bildete einen Kristallisationspunkt für viele Künstler und Schriftsteller in der DDR, die ihre marxistischen (!) Ideale von der realsozialistischen Funktionärsdiktatur verraten fühlten.

Aufgrund dieser Voraussetzung verstärkte sich die Bürgerrechtsbewegung, sie wuchs durch immer zahlreicher werdende offene Ausreisewünsche in die Bundesrepublik zu einem Massenprotest an, der in eine friedliche Revolution mündete. Für ihren Erfolg entscheidend wurde, daß die sich durch Gorbatschows Reformkurs verändernde Sowjetunion nicht mehr den Willen – und auch nicht mehr die Kraft – besaß, die Proteste wie in der Vergangenheit niederzuschlagen. Diese Entwicklung bedeutete zunächst nur die Schwächung und schließlich den Machtverlust der SED-Diktatur, jedoch keineswegs die Demokratisierung der DDR oder gar die Wiedervereinigung Deutschlands, weil sie nur in einem komplizierten internationalen und innerdeutschen Prozess erreichbar war. Doch erwuchsen aus der friedlichen Revolution die Voraussetzungen, auf denen die Bundesregierung agieren konnte.

3. Nun kam die Stunde Helmut Kohls, der zur schwindenden Zahl derer gehörte, die stets entschieden am Ziel der Wiedervereinigung festgehalten hatten, mochte dieses Ziel auch noch in weiter Ferne liegen. Nach der Maueröffnung am 9. November 1989 gelang es ihm, gegen vielfältigen und entschiedenen, vor allem internationalen, aber auch manchen innerdeutschen Widerstand, alle genannten Voraussetzungen optimal zu bündeln und die Wiedervereinigung auf die Tagesordnung der internationalen Politik zu bringen. Für diese Politik aber gab es außerhalb Deutschlands zunächst kaum Verbündete. Und es wird oft vergessen, dass die ‚alte' Bundesrepublik auch 1989 kein vollständig souveräner Staat war: Nach dem Deutschland-Vertrag von 1955 blieben die ursprünglichen Besatzungsmächte sowohl für Deutschland als Ganzes als auch für das völkerrechtlich unter Vier-Mächte-Verantwortung stehende Berlin zuständig, auch Westberlin war trotz der engen Bindungen rechtlich kein Teil der Bundesrepublik. Ohne die vier Mächte konnte es keine Wiedervereinigung geben, weswegen trotz aller komplizierten, 1990 vor allem von Wolfgang Schäuble geführten innerdeutschen Verhandlungen, das internationale Parkett entscheidend wurde, auf dem es außer den vier Mächten selbst noch zahlreiche weitere Mitspieler gab, wegen der zwar nicht politisch, doch völkerrechtlich ungeklärten Frage der Oder-Neiße-Grenze auch Polen.

Einer der ganz Wenigen, die sehr früh eine Wiedervereinigung ins Auge fassten und sie unterstützten, war der amerikanische Präsident George W. Bush sen. Schon im Mai 1989 dachte er angesichts der Krisen im Sowjetblock über eine mögliche Lösung der deutschen Frage nach. Alte Verbündete Helmut Kohls, wie der französische Präsident François Mitterrand, blieben zögerlich bis ablehnend, andere wie die britische Premierministerin Margret Thatcher oder der italienische Premier Giulio Andreotti erwiesen sich als harte kompromisslose Gegner der deutschen Vereinigung. Zu den wenigen internationalen Unterstützern zählten der

französische Präsident der EU-Kommission Jacques Delors, der ehemalige französische Verteidigungsminister François Léotard und der spanische Premierminister Felipe Gonzales. Michail Gorbatschow, der das unschätzbare Verdienst hat, weder in Polen noch in der DDR militärisch eingreifen zu lassen und durch dieses besonnene Verhalten unabsehbares Blutvergießen verhinderte, wollte indes keineswegs die Wiedervereinigung, schon gar nicht in Verbindung mit der NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands. Vielmehr musste sie ihm unter dem Druck der Verhältnisse, unter denen seine Regierung stand und der wirtschaftlichen Schwäche der Sowjetunion, mühsam abgerungen werden. Zwar hielt auch er die DDR, wie alle kommunistischen Regimes, für reformbedürftig, doch abschaffen wollte er sie keineswegs. So zählte Michail Gorbatschow zu den Vätern der Wiedervereinigung, jedoch eher als Getriebener, nicht wie George W. Bush sen. als Treibender.

4. Auch innerhalb Deutschlands fand die Wiedervereinigungspolitik Kohls keineswegs nur Unterstützer. Der Schriftsteller Günter Grass lehnte die Wiedervereinigung mit der absurden Begründung ab, ein Volk, das Auschwitz verursacht habe, habe das Recht auf Einheit verwirkt. Der Kanzlerkandidat der SPD, Oskar Lafontaine, sprach sich ebenfalls gegen die Wiedervereinigung aus; innerhalb der westdeutschen Linken überwog generell die Skepsis, die im übrigen auch einer der Architekten der sozial-liberalen Ostpolitik, Egon Bahr, teilte, obwohl er später die Ostpolitik als entscheidenden Schritt zu Wiedervereinigung bezeichnete.

Und selbst in der Bürgerrechtsbewegung der DDR, deren großes, unverzichtbares Verdienst die friedliche Revolution bleibt, herrschten zum Teil diffuse Vorstellungen über einen ‚dritten Weg', den eine reformierte DDR gehen könne, über die Neutralisierung eines vereinigten Deutschlands u. a .m.: Die Zwei-Plus-Vier-Gespräche bildeten ein instruktives Beispiel nicht nur für solche Überlegungen im DDR-Außenministerium Markus Meckels, sondern auch für Versuche des zeitweiligen Ministerpräsidenten Hans Modrow oder Gregor Gysis, den französischen Staatspräsidenten Mitterrand gegen die Wiedervereinigung einzunehmen. Gysi erklärte unter anderem, eine Wiedervereinigung würde den Sieg der politischen Rechten in Europa bedeuten.

In Frankreich herrschten, zwar nicht bei der Bevölkerung, die mit 65 bis 70 Prozent eine große Zustimmung zur Wiedervereinigung bewies, aber bei einem Teil der politischen und wirtschaftlichen Eliten große Befürchtungen vor einem politisch und wirtschaftlich übermächtigen Deutschland, weshalb Mitterrand zumindest eine vorherige oder besser gleichzeitige Intensivierung der europäischen Integration forderte. Der Glücksfall bestand darin, dass er bei Kohl auf offene Ohren stieß, weil der Bundeskanzler von Beginn an die Wiedervereinigung europäisch einbetten wollte. So oder so: Von den vier wichtigsten Mächten war nur eine – die USA, wo allerdings auch unterschiedliche Positionen zwischen Weißem Haus und Foreign Office existierten – ohne Wenn und Aber auf Seiten Helmut Kohls, die meisten anderen europäischen Staaten waren ebenfalls keine Befürworter der Wiedervereinigung. Natürlich besaß diese Ablehnung weniger aktuelle politische Gründe, vielmehr spielte die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg

und die Unterdrückung großer Teile Europas durch das nationalsozialistische Deutschland eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Die diplomatische Kunst Kohls bestand nun darin, sowohl die Besorgnisse zu zerstreuen, als auch die letztlich ausschlaggebende Unterstützung aller vier zumindest aber dreier Mächte zu gewinnen. Und da nach einem vielzitierten Wort es in dieser deutschen Existenzfrage nicht allein um die westlichen Verbündeten ging, sondern der Schlüssel zur Wiedervereinigung in Moskau lag, musste vor allem Gorbatschow gewonnen werden, auf dessen Weigerung nicht allein Margret Thatcher hoffte, aber eben auch Mitterrand. Polen musste zumindest aus der engsten Entscheidung herausgehalten und über die Grenzfrage beruhigt werden – diese aber wurde wegen der Vertriebenen, die damit endgültig auf ihre ursprüngliche Heimat, die früheren deutschen Ostgebiete, verzichten mussten, zu einem zusätzlichen innerpolitischen Problem. Helmut Kohl wusste genau, dass an der völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnischer Grenze kein Weg vorbeiführte, doch brauchte er, was jedoch allerorten missverstanden wurde, bis zum definitiven Erfolg ein doppeltes Faustpfand – nicht allein gegenüber Polen, sondern auch gegenüber den Vertriebenen.

Helmut Kohl hatte sich in seiner bis dahin siebenjährigen Amtszeit ein großes Vertrauenskapital erworben, das nach anfänglichen Irritationen wegen eines missglückten Interviews auch für das Verhältnis zu Gorbatschow galt. Er hatte durch seine rücksichtsvolle, die kleineren europäischen Partner einbindende Politik großes Ansehen in der EU gewonnen. Jeder kannte ihn als überzeugten Europäer und Friedenspolitiker, der alles andere als ein deutscher Nationalist war. Diese persönliche Vorgeschichte, die mehr und mehr auch seine Kontakte zu den Reformkräften in Polen und Ungarn umfasste, erwies sich als Voraussetzung seiner Überzeugungsarbeit, dass kein Nachbar etwas von einem wiedervereinigten Deutschland zu befürchten habe.

Als wesentlich erwies sich ein dosierter Zeitplan, weil viele Reaktionen auf die deutsche Entwicklung nicht in direkter Ablehnung bestanden, sondern im Versuch, die Wiedervereinigung hinauszuzögern. Als Kohl deshalb seinen weder mit dem Koalitionspartner FDP, noch mit den Verbündeten abgesprochenen 10-Punkte-Plan am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag im Alleingang verkündete, bildete dies ein großes Risiko, wie die auf dem Fuße folgenden ablehnenden bis empörten Reaktionen zeigten. Doch hatte Helmut Kohl, der seit dem 9. November die neue Chance zur Wiedervereinigung erkannte und mit George W. Bush sen. immer entschiedener auf sie zuzusteuern begann, richtig kalkuliert: Zum einen konnte ihm tatsächlich niemand Übereilung vorwerfen, sah der Plan doch eine zeitliche Streckung des Wiedervereinigungsprozesses vor. Zum anderen ging es schließlich gar nicht mehr um einzelne Inhalte des Plans, weil die Bürgerrechts-, Protest- und Ausreisebewegung aus der DDR eine immer größere Dynamik erzeugte, auf die die Politik reagieren musste, wollte sie nicht unkalkulierbar überrollt werden.

Entscheidend blieb am 10-Punkte-Plan deshalb nur eins: Der Bundeskanzler hatte damit den klaren Willen der Bundesrepublik Deutschland bekundet, jetzt den Prozess der Wiedervereinigung entschieden voranzutreiben, hatte doch Hel-

mut Kohl früher als die Meisten erkannt, wie eng der zeitliche Spielraum, das sogenannte Zeitfenster, war. Nicht punktgenau zu handeln, barg die Gefahr, die einmalige, zu diesem Zeitpunkt unverhoffte Chance zur Wiedervereinigung zu verspielen. Helmut Kohl zurrte mit seinem Überraschungscoup des 10-Punkte-Plans die internationale Agenda gegen den Willen der (mit Ausnahme der USA) wichtigsten Partner fest: Bloß indirektes Torpedieren dieses Ziels wurde immer schwieriger, die anderen Regierungen mussten sich in den nächsten Wochen und Monaten so oder so zur deutschen Politik stellen. Von nun an begann Kohls internationale Gipfeldiplomatie, die ohne Zweifel eine Meisterleistung war. Mit ihr näherte sich die Bundesrepublik nun Schritt für Schritt dem Jahrzehnte lang erklärten, aber nie in konkretes Handeln umsetzbaren Ziel der deutschen Einheit: Die wachsende innerdeutsche Dynamik nutzte Helmut Kohl schon seit der Maueröffnung als geschicktes Druckmittel. Nach und nach gelang es dem Bundeskanzler, ab Januar 1990 zunächst Mitterrand zu überzeugen, dann in mehreren Schritten bis zum Sommer 1990 Gorbatschow. Dabei erwies sich der amerikanische Präsident George Bush insbesondere beim Besuch des sowjetischen Generalsekretärs in Washington Ende Mai 1990 als entschiedenster Unterstützer, blieb doch bis zum Juli 1990 die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland strittig – sie aber war eine der Bedingungen der USA für die Wiedervereinigung, aber auch Kohls, nicht aber unbedingt Außenminister Hans-Dietrich Genschers.

In dem Verhandlungsmarathon gab es immer wieder Fortschritte und Rückschritte und ab 18. März 1990 erstmals eine durch freie Wahlen legitimierte Volkskammer in der DDR und eine durch sie gewählte Koalitionsregierung aus CDU und SPD, geführt von Lothar de Maizière (CDU). Seit der Erstürmung der Stasi-Zentrale in Berlin im Januar 1990 sowie dem sogenannten ‚Runden Tisch' spielten die Bürgerrechtler bzw. neu gegründete oder, wie im Falle der SPD wiedergegründete, demokratische Parteien nun ihrerseits eine eigenständige Rolle in diesem Prozess. Tatsächlich bestand er aus unterschiedlichen parallelen Entwicklungen, die aber durch die internationalen Entscheidungen freigesetzt wurden. Beteiligt waren schließlich viele Bundesministerien, Bundesminister und hohe Beamte, beispielsweise aus dem Bundeskanzleramt, dem Bundesfinanzministerium oder dem Auswärtigen Amt, insbesondere in den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen der Außenminister, bei denen Hans-Dietrich Genscher im Verein mit seinen Kollegen eine wesentliche Rolle spielte. Am Ende aber besaßen nur Genscher, der amerikanische Außenminister James Baker und der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse wirklichen Einfluss auf diesen Teil der Verhandlungen.

Entscheidend wurden schließlich zum einen das dialektische Verhältnis, in dem Helmut Kohl und François Mitterrand die europäische Integration und die Wiedervereinigung vorantrieben, zum anderen die Fortschritte bei Kohls Verhandlungen mit Gorbatschow, die im Juli 1990 mit dem sowjetischen Zugeständnis der NATO-Mitgliedschaft, der Zusage des terminierten Abzugs der sowjetischen Armee in der DDR endete. Dieser komplizierte Abzug, der mit Bediensteten und Angehörigen etwa 500.000 Menschen betraf, wurde durch finanzielle Zu-

geständnisse der Bundesregierung in zweistelliger Milliarden-Höhe (in DM) ermöglicht, für die Helmut Kohl und Theo Waigel sich zu Recht einsetzten.

Im Ergebnis brachten diese Verträge mit dem rechtlich zum 3. Oktober 1990 vollzogenen Beitritt der fünf in der DDR wiedergegründeten Länder zur Bundesrepublik und dem Abzug der Roten Armee, der bis 1994 erfolgte, eine fundamentale, ja revolutionäre Veränderung der europäischen, ja der Weltpolitik sowie der politischen und materiellen Lebensbedingungen der bisher unterdrückten Nationen. Am Endpunkt des gesamten Prozesses 1991 erfolgte die Auflösung der Sowjetunion, nachdem sich zuvor schon der Warschauer Pakt aufgelöst hatte. Damit endete die politische und militärische Beherrschung nicht allein der DDR durch die Sowjetunion, sondern ganz Ostmitteleuropas, so dass indirekt auch diese Staaten von der Wiedervereinigung und direkt vom Abzug der Roten Armee profitierten. Die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze beseitigte den Schwebezustand zwischen dem faktischen Vollzug der Abtrennung ehemals deutscher Ostgebiete und der offenen Rechtsfrage. Die Lösung der deutschen Frage, also die Wiedervereinigung, betrieb Helmut Kohl in intensiven Verhandlungen und damit erstmals in der deutschen Geschichte ausschließlich friedlich und schließlich, nach langem Widerstreben der meisten Beteiligten im europäisch-amerikanischen Konsens. Damit wurde ein struktureller, jahrzehntelanger politischer Gefahrenherd in der Mitte Europas beseitigt. Die Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 erwies sich als nachhaltigstes und größtes europäisches Friedensprojekt des 20. Jahrhunderts. So wenig eine solch gigantische Leistung von einem einzelnen Staatsmann zu erbringen ist, so unbezweifelbar zeigen die inzwischen in großer Zahl zugänglichen bzw. veröffentlichten Dokumente, dass Helmut Kohl hieran (unterstützt vor allem von George W. Bush sen.) den größten Anteil hatte.

Michail Gorbatschow und die deutsche Wiedervereinigung 1989/90

Von A. A. Galkin und A. S. Černjaev

Über die Wiedervereinigung Deutschlands sind Hunderte von Büchern, Tausende von Artikeln geschrieben, eine Vielzahl von Dokumentar- und Spielfilmen gedreht und eine große Zahl von Interviews gegeben worden. Es scheint, als seien alle Wechselteile dieses Ereignisses von Weltbedeutung gewissenhaft verfolgt worden. Von Teilnehmern und Augenzeugen der Ereignisse, von Wissenschaftlern und Journalisten sind zahlreiche Dokumente und andere Zeugnisse, die sich den inneren und äußeren Aspekten der Sache widmen, in Umlauf gebracht worden. Man sollte meinen, es gäbe keine Geheimnisse mehr, die dem Verständnis von Ursachen und Ablauf der Wiedervereinigung im Wege stünden. Nichtsdestoweniger dauern die Auseinandersetzungen an, und allem Anschein nach sind wir noch weit davon entfernt, mit Recht behaupten zu können, unsere Kenntnisse über den Prozess der Vereinigung seien vollständig und erschöpfend.

Dafür gibt es objektive Gründe. Einer davon ist die geringe historische Distanz. Das Ereignis ist noch frisch im Gedächtnis und nicht frei von emotionalen Empfindungen: Die von ihm ausgelösten Wogen des Streites haben sich noch nicht geglättet, politische Vorlieben beherrschen das Feld, und die an den Ereignissen Beteiligten haben sich in der verdienten oder für sie erstrebenswerten historischen Rolle nicht etabliert. Ein anderer Grund ist die Einseitigkeit der Informations- und Quellenbasis. Am zugänglichsten für die Forscher – und umso mehr für das Publikum – haben sich die Materialien erwiesen, die eine Vorstellung lediglich der äußeren Aspekte der Sache vermitteln. Die tieferliegenden Aspekte, darunter jene, die man gemeinhin als Hintergründe bezeichnet, sind in Vielem bisher der Öffentlichkeit noch nicht zugänglich. Die Folge – zahlreiche oberflächliche Urteile, Substitution von Analyse durch Mutmaßung sowie Unverständnis für die Motive der wichtigsten handelnden Personen.

Daher das Fazit: Bei der Erforschung der Ereignisse, die zur Wiedervereinigung Deutschlands geführt haben, der treibenden Kräfte dieses Prozesses und der Beweggründe, die ihn ermöglichten, ist es noch zu früh, einen Schlusspunkt zu setzen.

Eine wirkliche Kenntnis davon, was sich ereignet hat, und wie es sich ereignet hat, ist ohne eine allseitige Betrachtung der Rolle Michail Gorbačevs nicht möglich. Die Bedeutung seines Beitrags zur Wiedervereinigung Deutschlands wird wohl niemand bestreiten. Allerdings wird dieser recht verschieden interpretiert. Und die Rede ist hier nicht unbedingt von den politischen Gegnern Gorbačevs, von denjenigen, für die alles, was er getan hat, nur ein Zeichen trägt: ein Minus. Das Unverständnis für die wahren Motive Gorbačevs und die falsche Interpretation konkreter Episoden des Verhandlungsprozesses sind manchmal so tiefgreifend, dass sie die Bedeutung nicht nur der Rolle Gorbačevs völlig entstellen, sondern auch die Bedeutung all dessen, was sich ereignet hat.

Die Politik Gorbačevs in der deutschen Frage kann nur dann richtig verstanden und bewertet werden, wenn sie in einen globaleren Kontext eingebettet wird: seine

Einschätzung der Weltlage, seine entschlossene Festlegung auf die Beendigung des „Kalten Krieges“, der die Menschheit an den Rand der Selbstvernichtung geführt hat und die Entwicklung der Ereignisse in der Sowjetunion selbst. Die Lösung der deutschen Frage sollte zu einem Faktor bei der Demontage der Konfrontation der Systeme werden.

Mitte der 80er Jahre trat das deutsche Problem für die sowjetische Führung in zwei Erscheinungsformen auf. Es gab zwei deutsche Staaten und zwei sowjetisch-deutsche Politiken. Gemeinsam war ihnen, dass die eine wie die andere zumindest einer Korrektur und einer Erneuerung bedurfte. Die Beziehungen sowohl zur DDR als auch zur BRD hatten sich historisch herausgebildet, wobei sich viel Irrationales und ideologisch Realitätsfernes angesammelt hatte. Die Frage einer Wiedervereinigung Deutschlands stellte sich anfänglich praktisch nicht, obgleich es für viele Experten in der Sowjetunion offenkundig war, dass sie früher oder später erfolgen würde.

Als Gorbačev an der Spitze der UdSSR stand, verfügte er über genügend Unterlagen darüber, dass sich die Lage in der DDR bei weitem nicht zum Besten gestaltete. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme wurden nicht gelöst, sondern verdrängt. Die Unzufriedenheit mit der Politik der Führung erfasste sämtliche sozialen Gruppen.

In der DDR, ebenso wie in der Sowjetunion selbst, reiften Veränderungen heran. Unter diesen Bedingungen boten sich zwei mögliche, einander jedoch ausschließende Vorgehensweisen an. Die erste – der DDR eine Perestrojka nach dem Muster der Sowjetunion aufzuzwingen, d. h. Reformen von außen zu „initiieren“. Die zweite – unter Beachtung der Unabhängigkeit und Souveränität der DDR einen Kurs der Nichteinmischung in ihre Angelegenheiten zu verfolgen und lediglich auf vom Beispiel der eigenen „Perestrojka“ beeinflusste Veränderungen zu zählen. Aufgrund des historisch gewachsenen Charakters der Beziehungen mit den sozialistischen Verbündeten neigte die sowjetische Führung dazu, den ersten Ansatz zu verfolgen. Für Gorbačev selbst jedoch, der einen Kurs in Richtung einer tiefgreifenden Umgestaltung in allen Bereichen eingeschlagen hatte, war diese Vorgehensweise absolut unannehmbar, denn sie hätte den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas jegliche Perspektive genommen. Bereits beim Zusammentreffen mit den Führern der Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes anlässlich der Beisetzung seines Vorgängers Konstantin Černenko erklärte ihnen Gorbačev, die sowjetische Führung werde das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten der Verbündeten strikt befolgen. Wie die Führung der DDR mit dieser neuen Situation umging und warum die Befreiung von der Vormundschaft die Haltlosigkeit des Regimes bloßlegte – dies ist eine andere Geschichte.

Die Schwierigkeit eines Umdenkens in den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland erklärte sich nicht nur aus der Komplexität des Problems. Eine nicht geringe Rolle spielten auch psychologische Momente. Für Gorbačev selbst, der als Kind alle Beschwernisse des Krieges und der deutschen Besetzung miterlebt hatte, war es wie für viele andere in der UdSSR nicht leicht, das „antideutsche Syndrom“ zu überwinden. Das betraf erst recht die Millionen einfacher Menschen. Als ein Mensch mit ausgeprägtem politischem Gespür war sich Gorbačev völlig darüber

im Klaren, dass ein schroffes Überschreiten bestimmter fest etablierter Grenzen in den Beziehungen mit Deutschland kein Verständnis bei den Menschen in der UdSSR finden würde. Es war nötig, sie schrittweise darauf vorzubereiten.

Eine positive Rolle bei der Überwindung des genannten „Syndroms" spielten die jahrelangen bilateralen Beziehungen zur DDR. Einen wesentlichen Einfluss übte in dieser Hinsicht der Impuls der „Ostpolitik" Willy Brandts aus, der Bewegung in die „deutsche Frage" brachte.

Atmosphärische Veränderungen in den Beziehungen zwischen UdSSR und BRD wurden schon im Juli 1987 während der Moskaureise des deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker erkennbar. Sein Gespräch mit Michail Gorbačev schien nichts Sensationelles zu beinhalten. So lenkte Gorbačev die Aufmerksamkeit seines Gesprächspartners auf die Bedeutung des Beitrags beider deutscher Staaten zur Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa. Er vertrat erneut und hinreichend entschieden die sowjetische Position: zwei deutsche Staaten – dies sei die Realität. Jeglicher Versuch, sie zu revidieren, würde höchst unerwünschte Folgen haben.

Nichtsdestoweniger klangen im Gespräch einige neue Töne an. Es stellte sich heraus, dass beide Seiten bereit waren – mehr noch, danach strebten – den Stillstand in den Beziehungen der beiden Länder zu beenden, der Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre vor dem Hintergrund der aktiven Beziehungen der UdSSR zu anderen Staaten besonders augenfällig geworden war. Nicht weniger wichtig war aber auch, dass Gorbačev im Prinzip eine Vereinigung Deutschlands nicht ausschloss – wenn nicht jetzt, so später: Man solle der Geschichte die Möglichkeit der Entwicklung lassen. Zu jener Zeit und unter jenen Umständen war dies ein bedeutsames Moment.

Die Begegnungen die auf das Gespräch mit Weizsäcker folgten, darunter mit Franz Josef Strauß, Lothar Späth, Martin Bangemann, Hans-Jochen Vogel und besonders mit Hans-Dietrich Genscher trugen zur Klärung vieler Aspekte der „deutschen Frage" bei. Gorbačev sprach immer öfter darüber auch in seinem Kreis und auf den Sitzungen des Politbüros.

Auf einen weiteren Versuchsballon seitens Helmut Kohls antwortete Gorbačev mit einem Brief, in dem erstmals von einem „neuen Kapitel" in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern gesprochen wurde. Am 1. Oktober 1988 kam der Bundeskanzler nach Moskau. Um die Bedeutung dieses Besuchs insbesondere im Hinblick auf das künftige Herangehen an die deutsche Frage zu verstehen, ist es wichtig, die Atmosphäre der Begegnung und das bei beiden Politikern entstandene wechselseitige Vertrauen zu berücksichtigen.

Am 28. Oktober 1988 fand im Katharinensaal des Kreml ein entscheidendes, vertrauensvolles Gespräch statt, das frei war von Feindseligkeit, ideologischem Geplänkel, Zweideutigkeit und Arglist. Beide Gesprächsteilnehmer stellten später fest, dass dies eine ehrliche, offene Unterhaltung war, die sich durch einen realistischen Ansatz, Verantwortungsbewusstsein und Optimismus und das Gefühl, eine Perspektive zu haben, auszeichnete.

Im Politbüro zog Gorbačev die folgende Bilanz des Kohl-Besuchs: „Bislang ist zwar ein Umschwung nicht erfolgt, aber es hat einen starken Impuls in diese wichtige Richtung gegeben".

Die Beziehungen zwischen Gorbačev und Kohl nahmen bald einen freundschaftlichen Charakter an, was letzten Endes dazu beitrug, den Umgestaltungsprozess in der DDR ohne übermäßige Erschütterungen durchzuführen, als dort wie auch in den anderen Ländern Zentral- und Osteuropas stürmische Monate der politischen Erschütterungen anbrachen.

Es war symbolisch, dass der „Kontakt", der die beiden staatlichen Akteure vereint hatte, mit dem Auftritt Gorbačevs vor den Vereinten Nationen Anfang Dezember 1988 zusammenfiel. Vor der gesamten Welt wurde die wichtigste Grenze kenntlich gemacht: die Unumkehrbarkeit des Übergangs der UdSSR zu einer prinzipiell neuen Politik, der Verzicht auf ideologische Vorgaben in den Beziehungen zu welchen Ländern auch immer,

Anfang Juni 1989 erfolgte ein Besuch Gorbačevs in der Bundesrepublik Deutschland. Die umfassende Analyse des deutschen Problems in den zwischen den beiden Besuchen vergangenen Monaten hatte ihn davon überzeugt, dass die harte Position in der Frage der deutschen Einheit, die bei ihm schon früher Zweifel hervorgerufen hatte, ohne Perspektive war.

Selbstverständlich vermochte niemand, auch nicht Gorbačev, sich vorzustellen, wie und in welcher Geschwindigkeit die Ereignisse sich entwickeln würden. Weder in der UdSSR noch in der Bundesrepublik selbst konnten die ernsthaften Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Einheit Deutschlands im Handumdrehen verschwinden. Nichtsdestoweniger klangen in der Gemeinsamen Erklärung, die während des Besuchs Gorbačevs in der BRD unterzeichnet worden war, neue Töne an, die in ihrer Gesamtheit ein ganz offensichtliches – wenn auch unausgesprochenes – Leitmotiv bildeten. Im Vieraugengespräch mit Gorbačev charakterisierte Kohl dieses Dokument als einen Schlussstrich, der unter die Vergangenheit gezogen worden sei und als eine Lichtquelle, die Wege in die Zukunft beleuchte. Analog war die Bewertung Gorbačevs, der das gemeinsame Dokument ein Zeugnis für den Durchbruch in den Beziehungen nannte.

Wenn man heute im Rückblick die Ergebnisse dieses Besuchs und die Bedeutung der damals unterzeichneten Dokumente betrachtet, kann man mit voller Berechtigung die Schlussfolgerung ziehen: Damals wurde faktisch der Anfang für den Prozess der Vereinigung Deutschlands gemacht.

Die Bündnispartner der BRD in der NATO erfassten sofort den untergründigen Sinn dessen, was sich in diesen Sommertagen in Westdeutschland ereignet hatte – sowohl die Amerikaner, als auch die Franzosen, die Engländer und alle übrigen. Dies war unter anderem an der Haltung der Presse klar erkennbar. Auch in der DDR begriff man die Bedeutung des empfangenen Signals, sowohl „oben" als auch „unten". Aber während die Mehrheit der Bevölkerung der DDR, die auf die Vereinigung eingestellt war, zur Kenntnis nahm, dass die UdSSR nicht beabsichtigte, die Willensäußerung des deutschen Volkes zu behindern und dass sich nichts mit den Vorgängen von 1968 in der Tschechoslowakei Vergleichbares ereignen würde, offenbarten die Führung der SED und die obersten Machthaber im Staate ihre Unfähigkeit, eine adäquate Schlussfolgerung aus den Ereignissen zu ziehen.

Unterdessen existierte die objektive Möglichkeit, die deutsche Einheit ruhig und etappenweise zu erlangen. Bei einer schrittweisen Vereinigung hätte man einige negative Folgen und soziale Kosten, die später auftraten, vermeiden oder zumindest verringern können.

Im Herbst 1989 wurde die Lage in Ostdeutschland ohne Übertreibung explosiv. Der Fall der „Berliner Mauer" rief im deutschen Volk einen gewaltigen emotionalen Aufbruch hervor. Die Ereignisse konnten in der Tat jederzeit außer Kontrolle geraten und Anzeichen einer solchen Entwicklung gab es bereits.

Dabei musste man ständig bedenken, dass auf dem Territorium der DDR sehr starke Verbände der sowjetischen Streitkräfte stationiert waren. Eine jegliche, selbst geringfügige Provokation gegenüber den sowjetischen Soldaten konnte Blutvergießen zur Folge haben. Man musste auch in Betracht ziehen, dass in der UdSSR wie auch in der DDR einflussreiche Kräfte existierten, die immer lauter den Einsatz der Streitkräfte „zur Herstellung der Ordnung" forderten.

Unter diesen Bedingungen sah Gorbačev seine wichtigste Aufgabe darin, den unausweichlichen Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands in geordnete Bahnen zu lenken, die Gewaltvariante auszuschließen und dabei die staatlichen Interessen der Sowjetunion, insbesondere die der Armee, maximal zu berücksichtigen. Unter den veränderten Bedingungen konnte sie nicht in unveränderter Eigenschaft in Deutschland bleiben – und zwar nicht nur aus politischen (den internationalen Aspekt eingeschlossen), sondern auch aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus: Für den (an sich sinnlosen) Unterhalt unserer Streitkräfte in einem vereinigten Deutschland hätten ausländische Devisen bezahlt werden müssen.

Zwischen Gorbačev und den Führern der westlichen Länder wurde ein intensiver Dialog geführt. Nach dem Rücktritt Honeckers hatte Gorbačev am 1. November 1989 in Moskau ein langes Gespräch mit dessen Nachfolger Egon Krenz. Bei dieser Unterredung ging er noch von der Annahme aus, dass die Führung der SED in ihrer neuen Zusammensetzung imstande sein werde, die Situation unter Kontrolle zu halten und schließlich eine Umgestaltung vorzunehmen, die eine stufenweise Annäherung und schließlich auch eine Fusion der DDR mit der BRD ermöglichen würde. Bei seinen Kontakten mit Genscher und Kohl versuchte er beharrlich, sich zu überzeugen, den Elementarkräften nicht nachzugeben und Zurückhaltung zu zeigen.

Die verschärfte politische Lage sowohl in der DDR als auch in der BRD veranlasste sie jedoch, den Prozess zu forcieren. Noch am 11. November 1989 erklärte Kohl im Gespräch mit Gorbačev, als er über die Haltung der BRD in Bezug auf die Ereignisse in der DDR sprach: Den Deutschen ist bewusst, was Augenmaß bedeutet. Es bedeutet sowohl ein Gefühl für das rechte Maß als auch die Fähigkeit, bei der Planung von Handlungen ihre möglichen Folgen in Betracht zu ziehen, sowie das Gefühl der persönlichen Verantwortung. Jedoch bereits am 28. November, als die staatlichen Strukturen der DDR zu zerfallen begannen, verkündete der Kanzler im Bundestag ein „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas".

Die Reaktion der sowjetischen Führung auf das Programm Kohls war äußerst scharf. Ungeachtet dessen erwies sich die Verstimmung über Kohl wegen der

„Zehn Punkte“ als vorübergehend. Und außerdem gingen die Ereignisse bald über den Rahmen dieses Programms hinaus.

Ende Januar 1990 fand im Arbeitszimmer Gorbačevs eine Beratung im engsten Kreis über die deutsche Frage statt. Als Ergebnis der Diskussion wurde eine Position festgelegt, die Gorbačev wie folgt formulierte:

- Einbringung einer Initiative zur Bildung einer „Sechsergruppe“ (die vier Siegermächte UdSSR, USA, England, Frankreich – und die beiden Deutschland BRD und DDR) zur Beratung über alle äußeren Probleme der deutschen Frage;
- in der Politik gegenüber der BRD Orientierung auf Kohl, wobei die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht ignoriert werden sollte;
- Einladung des neuen Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, und des neuen Vorsitzenden der SED, Gysi, zu Gesprächen nach Moskau;
- Aufrechterhaltung regelmäßiger Kontakte bezüglich des deutschen Problems mit London und Paris;
- Vorbereitung des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte aus der DDR durch Marschall Achromeev.

Vieles musste sich in der Welt, in Europa und vor allem in der UdSSR in den Beziehungen zwischen Russen und Deutschen ereignen, damit eine derartige Lösung der deutschen Frage möglich wurde.

Im Februar wurde auf der Konferenz von Ottawa eine Vereinbarung bezüglich der Gespräche über eine „abschließende Regelung“ im Rahmen der „Sechsergruppe“ erzielt. Danach fanden in Bonn, Berlin und Moskau drei Gesprächsrunden statt, die als „Zwei-plus-Vier“-Gespräche in die Geschichte der Wiedervereinigung Deutschlands eingingen.

In der Folge wurde künstlich diplomatischer Nebel um diese Bezeichnung erzeugt. Die Gegner der Politik Gorbačevs behaupteten in Verfolgung politischer und bei einigen auch rein persönlicher Ziele, dass die Konzeption der Gespräche im Rahmen der „Sechs“ anfangs auf der Formel „4+2“ beruht habe, die eine Vorherrschaft der Siegermächte über beide deutsche Staaten vorausgesetzt habe. Dementsprechend wurde die dokumentarische und publizistische Umbenennung der Formel „4+2“ in „2+4“ als ein ungerechtfertigt großes Zugeständnis, wenn nicht gar als Kapitulation, ausgelegt.

In der Wirklichkeit verlor eine solche bürokratisch-diplomatische Scholastik angesichts der sich abspielenden epochalen Veränderungen jegliche Bedeutung. Zumindest für die Sowjetunion und die anderen Siegermächte. Verständlich war das Interesse an der „Umkehrung der Ziffern“ auf deutscher Seite, die vom amerikanischen Außenminister Baker unterstützt wurde. Die Deutschen wollten einmal mehr demonstrieren, dass die Zeiten der Vergangenheit angehörten, als Deutschland als zweitrangiger Verhandlungspartner betrachtet worden war. Die Formel „2+4“ klang wie die Anerkennung dessen, dass die Deutschen selbst ihre deutschen Angelegenheiten entscheiden und sich die ehemaligen Sieger mit den internationalen Aspekten der Wiedervereinigung beschäftigen würden. Mit anderen Worten, die Ziffernfolge in dieser Formel wurde als Frage des nationalen Prestiges aufgefasst.

Das Festhalten an einer Ziffernfolge, wenn es sich um das Schicksal Europas und der Welt handelte, entsprach nicht den Prinzipien Gorbačevs. Er dachte auch an die Perspektiven der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und einem künftigen vereinigten Deutschland. Er brauchte kein Feilschen um Kleinigkeiten. Für ihn war offenkundig, dass die Deutschen nicht nur das Recht hatten, ihre Angelegenheiten selbst zu entscheiden, sondern dies auch unweigerlich tun würden. Am 10. Februar 1990 erklärte Gorbačev bei einem Treffen mit Kohl, der ein weiteres Mal nach Moskau gekommen war, klar und unzweideutig: „Die Deutschen müssen selbst ihre Wahl treffen". Und als Kohl nachfragte: „Sie wollen sagen, dass in der Frage der Einheit die Deutschen selbst die Wahl haben?" erhielt er die klare Bekräftigung: „Ja […] im Kontext der Realitäten".

Anfang 1990 ging der Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands, dessen entscheidende treibende Kraft – vor allem in der DDR – eine mächtige Volksbewegung geworden war, endgültig und auch formal in die Hände der Deutschen über. Das grundlegende Problem, das die Siegermachte zu losen hatten, war die Gewährleistung der europäischen Sicherheit unter sich prinzipiell verändernden Bedingungen. In den Vordergrund trat die Frage der künftigen Beziehungen eines vereinigten Deutschland zur NATO. Die Haltung der USA und der BRD in dieser Frage war eindeutig: Das vereinigte Deutschland muss vollberechtigtes Mitglied der NATO sein.

Im Grunde genommen hatte der Beitritt des künftigen Deutschland zur NATO und infolgedessen die Verschiebung ihrer Kompetenzsphären um einige hundert Kilometer nach Osten für die UdSSR nicht so sehr geopolitische als vielmehr psychologische Bedeutung. Im Nuklearzeitalter generell und insbesondere unter den Bedingungen einer beginnenden Abrüstung (noch dazu, wo die Länder Osteuropas, die dem Warschauer Pakt angehörten, faktische Wahlfreiheit erhielten) veränderte der Eintritt des vereinigten Deutschland in die NATO im Wesentlichen nichts am Sicherheitsproblem der UdSSR. Ungeachtet dessen musste Gorbačev die Ansichten in der Gesellschaft, in der politischen Führung und speziell innerhalb des Militärs berücksichtigen. Deshalb suchte er nach Varianten, die einen direkten Beitritt des vereinigten Deutschland zur NATO ausschließen würden. Derartige Varianten wurden sowohl im engsten Kreis der Mitarbeiter Gorbačevs als auch im Politbüro des ZK der KPdSU während des gesamten Frühjahrs 1990 erörtert. So fand am Vorabend der Reise Ėduard Ševardnadzes Anfang Mai nach Bonn zur ersten Runde der „Zwei-plus-Vier"-Gespräche ein äußerst hartes Gespräch zu diesem Thema statt: Wir lassen Deutschland nicht in die NATO!

Aber die weiteren Überlegungen führten zu der Erkenntnis, dass die alternativen Ideen einer Neutralisierung des vereinigten Deutschland oder sein gleichzeitiger Beitritt zu NATO und Warschauer Pakt nicht aufrecht zu erhalten waren. Wenn nämlich Einvernehmen in Bezug auf die Vereinigung bestand – also hinsichtlich der Aufhebung aller mit den Kriegsfolgen verbundenen Beschränkungen – dann erhielt Deutschland damit das souveräne Recht zu wählen, in welchem Block es sein oder ob es generell außerhalb eines Blockes bleiben wollte. Die in einer Direktive festgehaltene Position, mit der Ševardnadze zu den „Zwei-plus-Vier"-Gesprächen gereist war, „kam nicht durch", was vorherzusehen war.

Ende Mai 1990 reiste Gorbačev mit eben dieser Position nach Washington. In Bezug auf sein Verhalten bei den Gesprächen mit George Bush kamen nicht wenige Spekulationen auf, die die wirklichen Motive Gorbačevs entstellten. Der Kern der Sache bestand darin, dass es – wenn man sich auf den Boden der Tatsachen und der elementaren Logik stellte – unmöglich war, die frühere sowjetische Position zu behaupten. Gorbačev stand vor der Wahl: Entweder sich zu „widersetzen", dann würde der Prozess der Vereinigung Deutschlands so oder so erfolgen, jedoch unter Umgehung der UdSSR und sogar gegen ihre Lebensinteressen, oder, geleitet von gesundem Menschenverstand, in der gesamten Angelegenheit seine Rolle zu erhalten und im Ergebnis ein freundschaftliches und dankbares Deutschland als Partner zu gewinnen – eine bedeutende Größe in der Weltwirtschaft und jetzt auch in der Politik. Am 31. Mai wurde eine Kompromissformel gefunden.

Nun zu den letzten Akkorden des „Marsches" in die Wiedervereinigung. Im Juli 1990 kam Kohl nach Moskau, um endgültige Klarheit über den Ablauf der Vereinigung Deutschlands zu schaffen Er traf mit Gorbačev in der Villa des Außenministeriums in der Spiridonovka-Straße zusammen. Kohl war präzise und energisch. Er spielte ein ehrliches, aber hartes Spiel. Er machte große Zugeständnisse, aber er erhielt die Hauptsache – ein vereinigtes Deutschland in der NATO.

Einen Monat danach charakterisierte Gorbačev seine Haltung in der deutschen Frage in Helsinki in einem vertraulichen Gespräch mit Bush in folgender Weise: „Sie werden mir wahrscheinlich zustimmen, dass die Ereignisse in Osteuropa und die deutschen Angelegenheiten für uns schwieriger waren als für die USA. Ich sage Ihnen offen, dass es kolossaler Anstrengungen, einer gewaltigen Anspannung und großen politischen Willens bedurfte, um sich buchstäblich selbst zu überwinden, die alten Vorgehensweisen, die unerschütterlich schienen, abzulegen und so zu handeln, wie es die veränderten Realitäten erforderten. Ich muss bis heute bei uns im Lande diese Haltung erläutern, die Notwendigkeit des neuen Denkens und des neuen Herangehens an das, was in der Welt geschieht, beweisen und von der Richtigkeit dieser Schritte überzeugen. Dies ist nicht immer einfach, umso mehr, als es im Westen Leute gibt, die eine Analyse unterstellen, die auf der alten Denkweise beruht, und dies erschwert meine Lage".

In der Spiridonovka übergab Kohl Gorbačev den Entwurf eines „Großen Vertrags" (der sich im Großen und Ganzen als akzeptabel erweisen sollte), und der nach seinen Worten das Vergangene abschließen und eine prinzipiell neue Etappe in den Beziehungen zwischen den beiden großen Nationen einleiten sollte – mit der Perspektive auf eine gegenseitige gedeihliche Zusammenarbeit und sogar auf eine Freundschaft.

Zur Fixierung des Erreichten nahm Gorbačev Kohl mit zu sich in seine Heimat in Stavropol'. Die abschließenden Gespräche fanden in Archyz, einem kleinen malerischen nordkaukasischen Kurort, statt Dort übernachteten sie, oder genauer gesagt, verbrachten sie fast die ganze Nacht am Verhandlungstisch. Man ging in allen Details den Inhalt der Dokumente durch – den künftigen Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit, den Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, den Vertrag über den befristeten Aufenthalt

sowjetischer Streitkräfte, das Abkommen über überleitende Maßnahmen und anderes.

In der Folge hat Kohl ehrlich und loyal mit der Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Deutschen all das erfüllt, was er mit seinem Wort und seiner Unterschrift besiegelt hatte. Er hat sein Vorgehen gegenüber der UdSSR auf Russland übertragen, wobei er übrigens seine Fairness gegenüber Gorbačev beibehielt und sich nicht durch einen diplomatischen „Gedächtnisverlust" erniedrigte, dem einige frühere Partner Gorbačevs später unterlagen.

Die Geschichte schritt voran. Am [31][1]. August 1990 wurde in Berlin der Vertrag über die Vereinigung der BRD und der DDR unterzeichnet, am 12. September in Moskau der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland.

Am 9./10. November 1990 besuchte Gorbačev das bereits vereinigte Deutschland. Es fanden Feierlichkeiten und die Unterzeichnung von Dokumenten statt, die die völkerrechtlichen und moralisch-politischen Grundlagen für normale, wirklich freundschaftliche Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der UdSSR legten.

Wenn man heute auf die Ereignisse jener Zeit zurückschaut, hat man allen Grund festzustellen: Im Zuge einer staatlichen Logik, die die Beseitigung der Gefahr eines Atomkriegs und eine grundlegende Änderung der Weltpolitik sowie die Befreiung von der unheilvollen und bereits nicht mehr erträglichen Überrüstung zum Ziel hatte und auf der herausragenden Bedeutung dauerhafter, gutnachbarlicher Beziehungen mit Deutschland beruhte, war es Gorbačev, der recht behielt. Er hat unter diesen Bedingungen das äußerst Mögliche getan, um sein Ziel zu erreichen.

2. März 2006: A. A. Galkin, Doktor der Geschichtswissenschaften, Professor.
A. S. Černjaev, ehemaliger Berater des Präsidenten der UdSSR für internationale Angelegenheiten.[2]

---

1 In der Vorlage irrtümlich auf den 30.8. datiert.

2 Galkin, Aleksander, Tschernjajew (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986-1991. Deutsche Ausgabe herausgegeben von Helmut Altrichter, Horst Möller und Jürgen Zarusky, kommentiert von Andreas Hilger. Aus dem Russischen übertragen von Joachim Glaublitz. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd., 83, München 2011, S. XXVII-XXXV.

I. Der politische Rahmen: Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 endete der totalitäre SED-Staat DDR

1. Der „Kalte Krieg“ und die Wiedervereinigung Deutschlands aus der Sicht von W. Daschitschew. Vom totalitären SED-Staat der DDR zur freiheitlich rechtsstaatlichen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland

1.1. Der „Kalte Krieg“ und die Wiedervereinigung Deutschlands aus der Sicht von W. Daschitschew.

Der intime Kenner der sowjetischen Geschichte Wjatscheslaw Daschitschew[1] hat die verschiedenen Phasen der sowjetischen Expansion nach außen im langen Zeitablauf strukturiert.[2]

(1) Erste Periode oder die Vorstufe der sowjetischen Expansion nach außen (1918-1923): „In den Nachkriegsjahren 1918-1923, die durch soziale Erschütterungen in vielen europäischen Ländern charakterisiert waren, versuchte die kommunistische Führung Moskaus vergebens, die instabile turbulente Lage in Europa zu nutzen, um seine messianischen Ideen mit Hilfe einheimischer Kommunisten gewaltsam durchzusetzen. Das kam zum Beispiel in ihrem Streben zum Ausdruck, in den Jahren 1917-1919 die Sowjetmacht in den baltischen Republiken – Estland, Lettland und Litauen sowie in Ungarn – aufzurichten.

Der mißglückte Versuch, Polen durch den Krieg in den Jahren 1919-1920 das sowjetische System aufzuzwingen, brachte der sowjetischen Führung die erste Enttäuschung: sie konnte sich davon überzeugen, daß die Bevölkerung Polens und, was aus der Sicht der marxistischen Theorie besonders deprimierend war, die polnischen Arbeiter die Rote Armee nicht unterstützen wollten und gegen sie hartnäckig kämpften. Die nationalen Gefühle erwiesen sich stärker als das ‚Klassenbewußtsein‘. Später soll Stalin gesagt haben: die Polen sind zum Sozialismus nicht geeignet. Das erklärt, warum die stalinistischen Säuberungen und Verfolgungen der Polen, darunter auch der polnischen Kommunisten, in den 30er Jahren und während des Krieges (Katyn) besonders brutal waren.

Viel wichtiger für Moskau war damals die Förderung der revolutionären Bewegung in Deutschland. Aber die Niederlage der Novemberrevolution 1918 und das Scheitern der Räterepublik in Bayern 1923 bewegten Moskau, die Aufgaben

---

1 Prof. Dr. habil. Wjatscheslaw Daschitschew wurde 1925 in Moskau geboren. Von 1943 bis 1945 im Fronteinsatz, dann Studium an der Moskauer Universität. Als Leiter der Abteilung für außenpolitische Probleme im Rahmen der Akademie der Wissenschaften und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Konsultativen Beirats im Außenministerium setzte er sich mutig für die Überwindung des Stalinismus und der messianischen Herrschaftspolitik des Kremls ein.

2 Daschitschew, Wjatscheslaw: Moskaus Griff nach der Weltmacht. Die bitteren Früchte hegemonialer Politik, Berlin / Bonn 2002.

der kommunistischen Weltbewegung neu zu definieren“.[3] Nach 1923 folgte eine relative Stabilisierung des Kapitalismus in Europa.

(2) „Der Hitler-Stalin-Pakt am 23. August 1939 markierte den Übergang der sowjetischen Politik zu der zweiten, diesmal großangelegten sowjetischen Expansion in Osteuropa. Somit wurden Keime in den künftigen Zusammenbruch des sowjetischen Systems und des militanten Sozialismus gelegt. Die Zeitbombe begann für die Sowjetunion zu ticken.

Dieser Pakt verdeutlichte auch eine enge Verflechtung der messianischen kommunistischen Ziele der sowjetischen Außenpolitik mit den hegemonialen Großmachtambitionen der führenden Elite der Sowjetunion. Man konnte kaum unterscheiden, wo die ‚klassenmäßigen' Ziele Moskaus endeten und wo seine nationalen Interessen begannen. Die Parole lautete: was der Sowjetunion zugute kommt, ist auch für die kommunistische Weltbewegung vorteilhaft. Moskau verwandelte sich zum Hüter und Förderer der kommunistischen Parteien in westlichen Ländern und betrachtete sich als die Basis für die Ausweitung des kommunistischen Systems“.[4]

(3) „Nach dem Zweiten Weltkrieg begann die dritte Etappe der sowjetischen Expansion. Sie streckte sich nicht nur auf Europa, sondern auch auf andere Regionen der Welt. In den Jahren 1945-1948 erzwang die sowjetische Führung die Herrschaft in Mittel- und Osteuropa: in Polen, SBZ / DDR, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Albanien und Bulgarien.

Bezeichnend für die europäische Geschichte nach 1945 war die Sowjetisierung des östlichen Teils und die Atlantisierung (Amerikanisierung) des westlichen Teils Europas sowie die Entstehung und die Vertiefung der Unvereinbarkeit ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen. Im Westen herrschte die bürgerliche Demokratie und eine freie, sozial orientierte Marktwirtschaft, im Osten die kommunistischen totalitären Regime und die politisch natural gesteuerte Zentralplanwirtschaft.

Die Konfrontation mit den weit überlegenen Kräften des Westens, die Aufrüstung, die Notwendigkeit, die sowjetische Herrschaftssphäre in Osteuropa politisch, militärisch, wirtschaftlich und propagandistisch abzusichern – all das, vermehrt durch das ineffiziente, inflexible sowjetische Wirtschaftssystem, hat der Sowjetunion eine unerträgliche politische und wirtschaftliche Last aufgebürdet und von der Lösung wichtigerer Aufgaben der Innenpolitik abgelenkt.

Die Politik der sowjetischen Führung gegenüber den Ländern Osteuropas hat sich im Laufe der Zeit modifiziert. Das Anfangsstadium der Errichtung der kommunistischen Regime in dieser Region von 1945 bis 1948 (der sogenannten Volksdemokratien) war durch gewaltsame Methoden, durch die Übertragung der stalinistischen Repressalien und Säuberungen auf dem Boden der ostmitteleuropäischen Länder, die Umstürze der bürgerlichen Regierungen und die Durchdringung der

---

3 Ebd., S. 41.

4 Ebd., S. 42.

Staatsapparate dieser Länder mit moskautreuen Kadern, besonders in Verteidigungs- und Innenministerien, in Massenmedien und im Finanzwesen gekennzeichnet.

Bis zum Tode Stalins wurden die Beziehungen der Sowjetunion zu den ostmitteleuropäischen Ländern beinahe nach Parteiprinzipien des ‚demokratischen Zentralismus' unter dem Deckmantel des ‚proletarischen Internationalismus' gestaltet. In Wirklichkeit bedeutete dies die vollständige Unterwerfung dieser Länder unter den Willen Moskaus (mit Ausnahme von Titos Jugoslawien und später Albaniens von Enver Hodsha).

Unter Chruschtschow kam es zu vagen Versuchen einer allmählichen Liberalisierung dieser Beziehungen. Dieser Prozeß wurde nach dem Aufstand in Budapest 1956 unterbrochen. In der Breschnew-Ära kam es zu einer neuen Verhärtung der sowjetischen Politik gegenüber den ostmitteleuropäischen Ländern. Der Warschauer Vertrag und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wurden von Moskau bis in die Ära von Gorbatschow zentralistisch gelenkt.

Das Streben der oppositionellen politischen Kreise und der breiten Schichten der Bevölkerung ostmitteleuropäischer Länder, sich von der sowjetischen Bevormundung und von der sowjetischen Dominanz zu befreien, wurde brutal niedergeschlagen, der Aufstand der Berliner Arbeiter am 17. Juni 1953, die Ungarische Revolution 1956, der Prager Frühling 1968.

Die Herrschaft der Sowjetunion und ihr Sendungsbewußtsein stießen auf wachsenden Widerstand und die Eigenwilligkeit der regierenden Kreise der sozialistischen Länder, vor allem in Jugoslawien, Albanien, Polen, Rumänien, Nordkorea sowie China. Die Gegensätze zwischen der sowjetischen und der chinesischen Führung gipfelten 1961 in einen offenen militärischen Konflikt.

Die hegemonialen Ansprüche des Kremls, die in der während des Prager Frühlings 1968 verkündeten ‚Breschnew-Doktrin' der ‚eingeschränkten Souveränität' ihren Niederschlag fanden, erlaubten nicht, harmonische, partnerschaftliche Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern zu gestalten. Sie versperrten den Weg zur Reformierung der politischen und wirtschaftlichen Systeme der Länder Ostmitteleuropas.

Die Breschnew-Führung konnte und wollte nicht begreifen, daß der Prager Frühling, der die Bewegung zum Sozialismus mit menschlichem Antlitz symbolisierte, eine historische Chance schuf, vom überholten Stalinismus in politischen und wirtschaftlichen Strukturen sowie im geistigen Leben abzurücken, das Problem der Menschenrechte und Menschenfreiheiten auf eine neue, demokratische Weise zu lösen, einer herannahenden Krise des Systems vorzubeugen und Perspektiven für den Dritten Weg der Entwicklung sowohl für ostmitteleuropäische Länder, als auch für die Sowjetunion zu öffnen – einen Weg, der den Osten und Westen Europas näherbringen und auf lange Sicht zur Einheit des Kontinents führen könnte. […] Im Ergebnis hat sich die globale Konfrontation der Sowjetunion mit dem Westen, Japan und China in der Ära Breschnew (1965-1982) noch verstärkt".[5]

---

5 Ebd., S. 43-45.

„Die globale Hegemonialpolitik bleibt immer der destruktive Faktor der internationalen Beziehungen, sie führt zu Konfrontationen und Weltkriegen und endet für ihre Anstifter unabwendbar mit einem Fiasko. Daschitschew begründet die Gesetzmäßigkeit im System der internationalen Beziehungen, die ‚reflektierende Rückwirkung' der gemäß jede Herrschaftspolitik immer auf den Widerstand der Weltgemeinschaft stößt und letztendlich scheitert. In seinen Denkschriften für Breschnew, Gromyko, Andropow, Gorbatschow, für das ZK der KPdSU und das Außenministerium versuchte Daschitschew unermüdlich, diese Wahrheit der sowjetischen Führung zu verdeutlichen und sie zu bewegen, die messianische Hegemonialpolitik zu beenden. Erst unter Gorbatschow fanden seine Ideen Verständnis.

In dem Buch ‚Moskaus Griff nach der Weltmacht' (2002) schildert Daschitschew, wie es zur unblutigen Entlassung Ostmitteleuropas aus der sowjetischen Herrschaft und zur Beendigung des Kalten Krieges kam. Seine Ideen trugen wesentlich zur Aufhebung der sowjetischen Dominanz über Ostmitteleuropa, zur Einstellung des Kalten Krieges und zur Wiedervereinigung Deutschlands bei".[6]

Die Wiedervereinigung fand gegen den Willen der SED-Führung statt. Daschitschew schildert, wie die SED zur Wiedervereinigung stand. „In der ‚deutschen Frage' waren für die SED-Führung zwei Aspekte von entscheidender Bedeutung: die Frage der gesellschaftlich-politischen Ordnung Deutschlands und des Aufbaus des Sozialismus im östlichen Teil des Landes und die Frage der Einheit Deutschlands und der deutschen Nation […].

Viele Deformationen des Sozialismus und Gebrechen des stalinschen politischen und wirtschaftlichen Systems wurden auf deutschen Boden übertragen. In den 50er Jahren glaubte die DDR-Führung, nur stark zentralisierte, totale Macht sei die beste Form der Leitung der Gesellschaft unter den Bedingungen der Konfrontation mit der kapitalistischen BRD.

Die Machtstruktur, die in der DDR entstand und sich behauptete, könnte man als staatsmonopolistischen bürokratischen Sozialismus mit einer großen Dosis Totalitarismus bezeichnen.

Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Effektivität demonstrierte dieses Staatsmodell seine Unfähigkeit, verglichen mit dem bürgerlich-demokratischen System der BRD. Es gab den Ostdeutschen weder ein hohes Lebensniveau, vergleichbar mit dem bundesdeutschen, noch elementare Rechte und Freiheiten zur Selbstverwirklichung des einzelnen und keine Möglichkeiten für breite internationale Kontakte.

Es ist sehr bezeichnend, daß seit Bestehen der DDR Millionen Deutsche sie verlassen haben und in die BRD übergesiedelt sind, während in umgekehrter Richtung die Umsiedlung fast gleich Null ist. Vor dem Hintergrund der Erfolge der BRD brachen bei der Bevölkerung der DDR viele Illusionen in sich zusammen, viele Ideale verblichen, die mit dem Sozialismus verbunden waren.

---

6 Klappentext

Das in der DDR entstandene Regime konnte und kann politisch und ökonomisch nur bei Isolierung von der BRD bestehen, gestützt auf Gewalt gegen die eigene Bevölkerung. Als Stützen seiner Existenz dienen auch die Kultivierung von überholten ideologischen Dogmen und die Aufrechterhaltung eines Feindbildes in Gestalt des westdeutschen Imperialismus.

Die Ideen des gemeinsamen europäischen Hauses, Offenheit gegenüber der Außenwelt, Glasnost, die Rechte und Freiheiten des einzelnen sind der entstandenen Machtstruktur der DDR fremd und für sie gefährlich. Für sie sind gewisse Spannungen in den Ost-West-Beziehungen vorteilhaft, die es erlauben, den Kurs auf Isolierung und Abgrenzung von der BRD zu rechtfertigen".[7]

„21 Genossen machten im Januar 1990 dem ehemaligen SED-Politbüro hinter verschlossenen Türen den Prozeß. Die Mächtigen von gestern übten in Sack und Asche Selbstkritik – und schoben die Schuld für den Untergang des Regimes auf andere. Die Vernehmungsprotokolle hält der SED-Nachfolger, die PDS, Die Linke, bis heute unter Verschluß".[8]

Auch Erich Honecker[9] gehörte zu Stalins Erben, wie die Aussagen von Siegfried Lorenz und Ingeburg Lange zeigen:

Siegfried Lorenz:[10] „Honecker war ein eindeutiger Vertreter des Stalinschen Modells, das wir seit 1945 hier praktizieren, mit aller Konsequenz".[11]

Ingeburg Lange:[12] „Ich muß sagen, daß es die stalinistischen Strukturen nicht bloß oben gab, die gingen ja bis runter".[13]

Jörg Baberowski[14] hat darauf hingewiesen, daß mit Stalins Tod am 5. März 1953 die stalinistische Herrschaftsform noch nicht zu Ende war. Seine Worte gelten nicht nur für die UdSSR, sondern auch für die DDR. „Als Nikita Chruschtschow 1961 Stalins Leiche aus dem Mausoleum entfernen und an der Kremlmauer beisetzen ließ, schien es, als sei die blutige Vergangenheit tatsächlich für immer vergangen. Stalin war zum Verbrecher erklärt und als einbalsamiertes Symbol der Diktatur aus der Öffentlichkeit entfernt worden. Aber die ‚Kinder des XX. Parteitages' (14.2.-25.2.1956 in Moskau) zweifelten. Der Dichter Jewgeni Jewtuschenko fand

---

7 Ebd., S. 410 f.

8 DER SPIEGEL 38/1992, „Ich hab an den geglaubt", S. 86-104.

9 Kleßmann, Christoph: Honecker, Erich (1912-1994), in. DBE, Bd. 4, S. 166.

10 Seit 1967 im Politbüro. Seit 1976 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt. 1989 an Honeckers Sturz beteiligt. Müller-Enbergs, Helmut / Kölling, Andreas: Siegfried Lorenz (geb. 1930), in: Müller-Enbergs, Helmut et al. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? München 2000, S. 537 f.

11 DER SPIEGEL 38/1992, S. 104.

12 Seit 1973 im Politbüro und ZK-Sekretärin für Frauen. Müller-Enbergs, Helmut / Scharnhorst, Anke: Lange, Ingeburg, geb. Rosch (geb. 1927), in: Müller-Enbergs, Helmut et al (Hrsg.): Ebd., S. 501.

13 DER SPIEGEL 38/1992, S. 99.

14 Baberowski, Jörg: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012, S. 508, 510 f.

dafür die richtigen Worte. ‚Stalins Erben' nannte er sein Gedicht, das 1962 in der ‚Prawda' erschien und den Überlebenden als Warnung dienen sollte. Der Diktator war gestorben, seine Leiche in der Erde vergraben worden. Aber seine Erben lebten noch".

In der SED-Nomenklatura der DDR lebte Stalin bis 1989/90 weiter.

Stalins Erben

Nein, Stalin ist nicht gestorben.
Den Tod hält er für korrigierbar.
Wir haben ihn aus dem Mausoleum entfernt,
aber wie aus Stalins Erben Stalin entfernen?
Manche seiner Erben beschneiden nach ihrem Rücktritt Rosen,
aber insgeheim glauben sie,
daß der Abschied nur vorübergehend ist.
Manche beschimpfen Stalin von den Tribünen herab,
aber sie selbst trauern nachts den alten Zeiten nach.
Kein Zufall, daß die Erben Stalins heute Herzinfarkte erleiden.
Ihnen, den Stützen von damals,
gefallen die Zeiten nicht,
in denen die Lager leer sind,
und statt dessen die Säle, wo man Gedichte hört,
überfüllt sind.
Meine Heimat hat mir befohlen, mich nicht ruhigzustellen.
Möge man mir auch sagen:
„Beruhige Dich!",
ruhig kann ich nicht sein.
Solange Stalins Erben
noch auf der Erde sind,
scheint es mir,
als sei Stalin noch im Mausoleum geblieben.

© Bundesregierung / Perlia-Archiv

Zwischen diesen Bildern liegen 39 Jahre.
Oben: Niederschlagung des Volksaufstandes Berlin, 17. Juni 1953
Unten: Abzug der GUS-Truppen, Rostocker Hafen, 27. März 1992

© Foto Detlev Steinberg / Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst

1.2. Vom totalitären SED-Unrechtsstaat der DDR zur freiheitlich rechtsstaatlichen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland

	Deutsche Demokratische Republik (DDR 1949-1990)		Bundesrepublik Deutschland (seit 1949)
Staatsform	Sozialistischer Einheitsstaat mit 15 Bezirken		➡ Bundesstaat (föderale Selbstbestimmung für Länder, Kreise, Städte und Gemeinden)
Rechtsstaat	SED steht über dem Recht: Unrechtsstaat		➡ Rechtsstaat
Gewaltenteilung	Keine Gewaltenteilung im Sozialismus	Beitritt am 3. Oktober 1990 gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes (GG). Das GG gilt als Verfassung für das gesamte deutsche Volk. Neue Bundesländer: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Freistaat Sachsen, Sachsen-Anhalt, Freistaat Thüringen	➡ Gewaltenteilung
Verwaltungsgerichtsbarkeit	Keine Verwaltungsgerichtsbarkeit im Sozialismus		➡ Verwaltungsgerichtsbarkeit
Kommunale Selbstverwaltung	Teil des totalitären zentralistischen sozialistischen Einheitsstaates		➡ Kommunale Selbstverwaltung im Grundgesetz verankert
Staat insgesamt	Sozialistische totalitäre Diktatur		➡ Freiheitlich rechtsstaatliche Demokratie

Für den Vergleich des totalitären SED-Staates mit der freiheitlich rechtsstaatlichen Demokratie der Bundesrepublik werden 5 Kriterien herangezogen:

- Staatsform
- Rechtsstaat
- Gewaltenteilung
- Verwaltungsgerichtbarkeit
- Kommunale Selbstverwaltung

Staatsform: Vom sozialistischen zentralistischen Einheitsstaat zum Bundesstaat

Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)		Bundesrepublik Deutschland (ab 1949)
Sozialistischer zentralistischer Einheitsstaat. Auflösung der Länder. Bezirke als Mittelbehörde. „Die Politik der SED ist auf die weitere allseitige Stärkung des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern als einer Form der Diktatur des Proletariats gerichtet, die die Interessen des ganzen Volkes der Deutschen Demokratischen Republik vertritt“.[15] „Er ist Hauptinstrument der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und auf dem Wege zum Kommunismus“.[16] *Fazit: Sozialistischer zentralistischer Einheitsstaat.*	➡	„Die BRD ist nicht bereit, ihre Verfassungsidentität preiszugeben, um dafür die verlorene staatliche Einheit aller Deutschen zurückzugewinnen. Mit den Drei Westmächten kommt sie im Deutschlandvertrag (1952) überein, das Ziel der deutschen Wiedervereinigung unter Wahrung der Kernsubstanz des Grundgesetzes im europäischen Kontext anzustreben: Das wiedervereinigte Deutschland, ‚das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“. (Art. 7 Abs. 2)“.[17] *Fazit: Bundesstaat.*

Rechtsstaat

Rechtsstaatsmaßstäbe: „Absolutes und oberstes Entscheidungskriterium aufgrund der Rechtsstaatsidee ist der ‚Primat des Rechts‘. Die oberste Staatshandlungskategorie verpflichtet den Staat zu dauernder Selbstbindung an das von ihm gesetzte Recht, auf die Maßstäbe Sachlichkeit und Unparteilichkeit und auf die Anerkennung des Rechts als Eigenwert in allen Lebensbereichen“.[18]

15 Programm der SED, Berlin (-Ost) 1976, S. 40.

16 Steeger, Horst (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft. Volkswirtschaft, Artikel: Staat, Berlin (-Ost) 1980, S. 567.

17 Isensee, Josef: Staat, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, 5. Bd., 7. Aufl., 1995, Sp. 152.

18 Albrecht, Alfred: Rechtsstaat, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, 7. Aufl., Bd. 4, 1988, S. 742.

Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)		Bundesrepublik Deutschland (ab 1949)
Sozialismus (SED) steht über dem Recht. „Uns ist er als Rechtsstaat Diener und Schützer des vor ihm bestehenden und ihm Schranken setzenden Rechtes. Für die amtliche sowjetzonale Doktrin ist der Staat vor dem Recht, und das Recht nur für den Staat da, als sein Produkt und Ausdruck seines Machtwillens“.[19] *Fazit: Sozialistischer Unrechtstaat.*	➡	Die Rechtsstaatsidee ist durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 GG) und die Landesverfassung als staatsprägendes Prinzip in der Konkretisierung als sozialer Rechtsstaat durch eine breite öffentliche Meinung anerkannt und verfassungsgesetzlich gesichert. *Fazit: Recht steht über dem Staat.*

Gewaltenteilung

Gewaltenteilung ist ein Grundsatz für die Organisation der Staatsgewalt, der Machtmißbrauch bei deren Ausübung verhindern und die Freiheit der Bürger sichern soll.[20]

Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)		Bundesrepublik Deutschland (ab 1949)
„In den sozialistischen Ländern ist diese dominierende Stellung der kommunistischen oder sozialistischen Partei regelmäßig in der Verfassung garantiert (z. B. Art. 1 Abs. 1 DDR-Verf.: Art. 6 UdSSR-Verf.: Art. 3 Abs. 1 poln. Verf.). Die sozialistische Staatstheorie lehnt die klassische Gewaltenteilung ab, da der Schutz vor Machtmißbrauch gegenüber einer sich historisch im Recht befindlichen Partei nicht mehr notwendig sei“.[21] Der sozialistische Staat kennt keine Gewaltenteilung, die Souveränität des werktätigen Volkes findet ihren Ausdruck in der Einheit der Staatsgewalt, die sich im System der Volksvertretungen verkörpert. *Fazit: Keine Gewaltenteilung im Sozialismus*	➡	„In den rechtsstaatlichen Demokratien ist die Rechtsprechung unabhängig von den beiden anderen Gewalten. Neben der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Zivil- und Strafjustiz; Gerichtsbarkeit, Gerichtsverfassung), gibt es Verwaltungsgerichtsbarkeit, die gegen Akte oder Unterlassungen der Verwaltung angerufen werden kann. Die Institution der gerichtlichen Normenkontrolle ist als besondere Ausprägung der Gewaltenteilung zu bewerten, da sie ermöglicht, die Mehrheitsentscheidungen des Parlaments zu kontrollieren und auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu prüfen und im Falle der Verfassungswidrigkeit unangewendet zu lassen. Die Normenkontrolle kann einem besonderen Verfassungsgericht zugewiesen sein, das die Befugnis hat, verfassungswidrige Gesetze für nichtig zu erklären. […] Bundesstaatlichkeit – eine Grundidee der Organisation der staatlichen Gewalt – bewirkt eine vertikale Teilung der staatlichen Funktionen“.[22] *Fazit: Gewaltenteilung*

19 Draht, Martin: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der DDR, 2. Aufl., Bonn 1954, S. 89.

20 Starck, Christian: Gewaltenteilung, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, 7. Aufl., Bd. 2, 1986, S. 1023.

21 Brunner, Georg: Einführung in das Recht der DDR, München 1979, S. 19, 56 f.

22 Starck, Christian: Gewaltenteilung, S. 1025.

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Verwaltungsgerichtsbarkeit ist eine insbesondere dem Rechtsschutz des Bürgers gegen Akte der öffentlichen Gewalt dienende Einrichtung; sie wird durch unabhängige, von den Verwaltungsbehörden getrennte Gerichte ausgeübt.[23]

Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)		Westzonen / Bundesrepublik Deutschland
In der DDR wurde die Verwaltungsgerichtsbarkeit beseitigt. Sozialistische Definition der Verwaltungsgerichtsbarkeit: „Besondere Form der Entscheidung von Streitigkeiten auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts entweder durch ordentliche Gerichte (angelsächsisches System) oder durch spezielle Verwaltungsgerichte (kontinentales System). Sie besteht in den meisten bürgerlichen Staaten; in Frankreich seit 1790, in Preußen und Österreich seit 1875. Als Ausdruck der sog. Gewaltenteilung liegt ihr formal der Gedanke zugrunde, die Rechtsmäßigkeit von Verwaltungsakten richterlich überprüfbar zu machen. In der DDR und den meisten sozialistischen Staaten gibt es keine Verwaltungsgerichtsbarkeit. Im Sinne der einheitlichen sozialistischen Staatsgewalt kann die Gesetzmäßigkeit von Verwaltungsmaßnahmen nicht nur im Beschwerdewege von der übergeordneten Stelle überprüft werden, sondern unterliegt auch der Kontrolle durch die staatlichen Machtorgane, bes. der Volksvertretungen und der Arbeiter- und Bauern-Inspektion“.[24] *Fazit: Im Sozialismus keine Verwaltungsgerichtsbarkeit.*	➡	Nach 1945 wurden in den Ländern auf landes- oder besatzungsrechtlicher Grundlage wieder Verwaltungsgerichte eingerichtet. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist eine insbesondere dem Rechtsschutz des Bürgers gegen Akte der öffentlichen Gewalt dienende Einrichtung; sie wird durch unabhängige, von den Verwaltungsbehörden getrennte Gerichte ausgeübt, und zwar durch die (allg.) Verwaltungsgerichte und durch die Finanz- und Sozialgerichte als besondere Verwaltungsgerichte. Als Verwaltungsgerichtsbarkeit werden üblicherweise nur die allgemeinen Verwaltungsgerichte bezeichnet. *Fazit: Sofortige Verwaltungsgerichtsbarkeit in den Westzonen / Bundesrepublik Deutschland.*

Kommunale Selbstverwaltung

Die kommunale Selbstverwaltung „bedeutet, daß bestimmte Aufgaben nicht durch den Staat, sondern in weitgehender rechtlicher *Unabhängigkeit* (‚Autonomie‘) durch eigenständige juristische Personen des öffentlichen Rechts (Staatsorganisation) erfüllt werden, im Falle der kommunalen Selbstverwaltung eben durch kommunale Körperschaften, unter denen die *Gemeinden* den ersten Rang einnehmen (Kommunalrecht). Daß sich mit dieser Selbstverwaltung *im Rechtssinne* heute

---

23 Sendler, Horst: Verwaltungsgerichtsbarkeit, in: Herzog, Roman u. a. (Hrsg.): Evangelisches Staatslexikon, 3. Aufl., 2. Bd., 1987, S. 3840.

24 In: Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 14, Leipzig 1979, S. 516 und Brunner, Georg: Einführung in das Recht der DDR, S. 21.

ebenso wie im 19. Jahrhundert zugleich die Vorstellung *bürgerschaftlicher Selbstverwaltung*, also weitgehender Beteiligung der Bürger an den sie betreffenden Entscheidungen, verbindet, muß hier ebenso angemerkt werden wie die bare Selbstverständlichkeit, daß mit ‚Selbst*verwaltung'* entgegen dem Wortsinn nicht etwa der Vollzug anderweitig getroffener Entscheidungen, sondern *die Entscheidung selbst* gemeint ist; man spräche also besser von Selbstentscheidung, Selbstgestaltung o. ä.“.[25]

Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)		Bundesrepublik Deutschland (ab 1945)
„Die Zielsetzung der Arbeiterklasse blieb stets […] die Beseitigung des bürgerlichen Staates und die Errichtung einer neuen Staatsordnung. […] Dies erreichen die Werktätigen nicht durch die Selbstverwaltung in Städten und Gemeinden, sondern durch die Übernahme der Staatsgewalt. Deshalb ist […] die Ersetzung des Klassenkampfes durch die Losung von einem Kampfe der Arbeiterklasse für die kommunale Selbstverwaltung […] unmarxistischer Sozialdemokratismus. […] Man] unterliegt einem […] Irrtum, wenn […] man] die Gemeinden und Kreise als Fundamente des Staates bezeichnet. […] Träger unserer staatlichen Ordnung ist das gesamte Volk und nicht das ‚Volk der Gemeinde' oder das ‚Volk des Kreises'. Kreise und Gemeinden sind deshalb keine eigenen Herrschaftsgebiete innerhalb des Staatsgebietes. Infolge der grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Ostzone und der dadurch bedingten Veränderung der Staatsfunktionen ist kein Raum für selbstherrliche, die Staatsmacht dezentralisierende ‚Selbstverwaltung'.“[26]	➡	„Art. 28 Abs. 2 GG gewährleistet die kommunale Selbstverwaltung der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze. Kommunale Selbstverwaltung ist heute eine Form dezentraler staatlicher Verwaltung zur eigenverantwortlichen Erledigung öffentlicher Angelegenheiten durch Organe, die von dem Volk in den Gemeinden und Kreisen gemäß Art. 28 Abs. 1 S. 2 GG konstituiert werden (Gemeinde, politische, Kreis). Selbstverwaltung im Rechtssinne ist die hauptsächliche Dezentralisation des Staatshandelns (Staatsorganisation). Sie ermöglicht Mitwirkung und sogar Mitbestimmung der jeweils besonders berührten Bürger im Hinblick auf die Art und Weise, wie die sie betreffenden Verwaltungsangelegenheiten durchgeführt werden sollen. Der Grundgedanke der Selbstverwaltung wurzelt in dem Verfassungsgrundsatz des demokratischen Rechtsstaates (Demokratie, Gewaltenteilung). Der Staat zieht die in den gesellschaftlichen Gruppen lebendigen Kräfte zur Ordnung der sie besonders berührenden (Verwaltungs-) Angelegenheiten in eigener Verantwortung heran (BVerfGE 33, 125, 159) und nutzt ihren Sachverstand für das Zustandekommen richtiger Verwaltungsentscheidungen, insbes. für die Setzung sachgerechter Verwaltungsrechtsnormen in Form von Satzungen und Verordnungen. Für die Einrichtung und normative Gestaltung der Selbstverwaltung gilt ein demokratisch-rechtsstaatlicher Gesetzesvorbehalt“.[27]

25 Herzog, Roman: II. Kommunale Selbstverwaltung, in: Herzog, Roman u. a. (Hrsg.): Evangelisches Staatslexikon, Bd. II, N-Z, 1987.

26 Zuckermann, Leo: Demokratische Ordnung und Selbstverwaltung. In: Demokratischer Aufbau 3 (1948), Heft 8, S. 170.

27 Weides, Peter: Selbstverwaltung, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, 7. Aufl., Bd. 4, 1995, S. 1164 f.

Die Merkmale der Staats- und Rechtsordnung des totalitären SED-Staates DDR und der freiheitlich rechtsstaatlichen Demokratie Bundesrepublik Deutschland

	Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)		Bundesrepublik Deutschland (ab 1945)
Staatsform	Sozialistischer Einheitsstaat		Bundesstaat
Rechtsstaat	SED steht über dem Recht: Unrechtsstaat	Beitritt gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland mit Wirkung vom 3. Oktober 1990	Rechtsstaat
Gewaltenteilung	Keine Gewaltenteilung im Sozialismus		Gewaltenteilung
Verwaltungsgerichtsbarkeit	Keine Verwaltungsgerichtsbarkeit im Sozialismus		Verwaltungsgerichtsbarkeit
Kommunale Selbstverwaltung	Gemeinden sind keine eigenen Herrschaftsgebiete innerhalb des Herrschaftsgebietes		Kommunale Selbstverwaltung
Fazit:	*Sozialistische totalitäre Diktatur*		*Freiheitlich rechtsstaatliche Demokratie*

Der emeritierte Professor für Alte Geschichte der Universität Konstanz Wolfgang Schuller äußerte „Gedanken zum Rechtsstaat“ bei einer Veranstaltung des Bundesministeriums der Justiz „Über die Justiz im Staat der SED“ (1994 in Leipzig): „Der Rechtsstaat besteht in der Bindung der öffentlichen Macht an das Recht, das seinerseits nicht willkürlich verordnet sein darf, sondern aus dem freien Zusammenwirken der Staatsbürger hervorgeht. Der Staat hat mittels des Rechtes die Freiheit und Unversehrtheit des einzelnen Staatsbürgers im Verhältnis zu seinen Mitbürgern zu schützen, das Recht hat aber die Funktion, den Bürger gegen den Staat selbst zu schützen. Dem dienen die Gleichheit vor dem Gesetz, die Grundsätze des rechtlichen Gehörs und der Unabhängigkeit der Richter, die Klarheit, Widerspruchsfreiheit, allgemeine Zugänglichkeit und Unverbrüchlichkeit des Rechts, seine Berechenbarkeit und Sicherheit, die Tatsache, daß man es diskutieren können muß, die Pflicht, Entscheidungen zu begründen, die Gewaltenteilung; in letzter Instanz eine freiheitliche Verfassung mit gesicherten Grundrechten.

Es muß nicht einzeln nachgewiesen werden, wie sehr der sonstige Zustand des öffentlichen Lebens der DDR so gut wie allem widersprach, was den Rechtsstaatsbegriff ausmacht; verwiesen sei nur auf das Fehlen der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Im übrigen zeigt aber ein Blick auf Strafrecht und Strafrechtspraxis der DDR, in wie erschütternder Weise sich ein neuzeitliches politisches System von allen Errungenschaften der europäischen Zivilisation entfernen, ja sie großenteils in ihr Gegenteil verkehren konnte. Die DDR ging sogar hinter das römische Recht zurück, da ihre politischen Strafgesetze über weite Strecken nicht nur bewußt undeutlich

waren, sondern durch Auslegung mit Anwendung sogar über den ohnehin schon weit gefaßten Wortlaut hinausgingen. Das schlimmste Beispiel der Anfangsjahre ist der Artikel 6 der Verfassung von 1949, das deutlichste der Endjahre ist die ‚Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit' des § 214 des Strafgesetzbuches von 1968. Auch hinter das Inquisitionsverfahren ist die DDR zurückgefallen. War dessen Absicht immerhin die Feststellung der objektiven Wahrheit gewesen, und war die dort vorgesehene Möglichkeit von ‚Verdachtsstrafen' immerhin ein Zeichen dafür gewesen, daß man sich wenigstens über den qualitativen Unterschied von nachgewiesener Schuld und bloßem Verdacht im Klaren war und beachtliche rechtliche Konsequenzen daraus zog, so zeigt die Justizpraxis der DDR, daß bewußt auch bei nicht nachgewiesener Schuld verurteilt wurde. Das folgt einmal aus der Gesamtheit des Untersuchungsverfahrens und der Verhörmethoden, zum anderen kann man es auch schwarz auf weiß nachlesen.

In den Krisen vom Sommer 1953, vom Herbst 1956 und vom Herbst 1989 versicherten beziehungsweise forderten offizielle Stellen der DDR, daß in Zukunft nur noch Menschen bestraft werden sollten, die ‚wirklich' etwas getan hätten. Es war also immer klar gewesen, daß man auch auf bloßen Verdacht hin verurteilte und daß es auf die Feststellung der Wahrheit nicht in erster Linie ankam. Hilde Benjamin hatte all das sogar entgegen der sonst meist beobachteten Verschweige- und Vertuschungstaktik der SED einmal einigermaßen klar ausgesprochen. Während der nationalsozialistische Jurist Roland Freisler dem Grundsatz ‚nulla poena sine lege' (‚keine Strafe ohne Gesetz') den Satz ‚nullum crimen sine poena' (‚kein Verbrechen ohne Strafe') gegenübergestellt hatte, forderte Benjamin undeutlicher, daher aber umso heimtückischer, daß ein Verbrechen ‚nicht deshalb straflos bleibt, weil ein passendes Gesetz zu fehlen scheint'. Gemeint (und praktiziert) war natürlich: in jedem Fall bestrafen, Gesetz oder nicht – wobei in beiden Fällen noch nicht einmal das Gesetz auf rechtsstaatliche Weise zustande gekommen war.

Am zahlreichsten waren freilich die systematischen Verstöße gegen die freiheitlich-rechtsstaatlichen Errungenschaften von Aufklärung und Liberalismus. Das Ausgeliefertsein und die Hilflosigkeit derer, die Gegenstand der Untersuchung durch die Staatssicherheit waren, die bis zur Irrelevanz eingeschränkte Verteidigung, der früher auch physische, später hauptsächlich eher nur noch psychische, der Folter sich annähernde Druck auf den Beschuldigten – das und vieles andere mehr stieß das Strafverfahren jahrhunderteweit zurück. Freilich tat die DDR nach außen hin so, als stehe sie in der europäischen Rechtstradition. In vornehmlich für den Westen bestimmten Artikeln und Verlautbarungen verwies sie auf ihr geschriebenes Recht, das bei oberflächlicher Betrachtung – die bei den im allgemeinen desinteressierten und kenntnislosen Westlern vorausgesetzt werden durfte – den Anschein der Rechtsstaatlichkeit erwecken konnte; auch die Verfahrensorganisation mit Staatsanwaltschaft, Gericht, Hauptverhandlung und Instanzenzug sah bei einem flüchtigen Blick ganz respektabel aus. Keine Silbe wurde natürlich von der Praxis, etwa des Untersuchungsverfahrens vor der Staatssicherheit oder der Nichtaushändigung der Urteile, gesagt.

Und auch der zentrale Faktor blieb dem Westen gegenüber unerwähnt, der Faktor, der (von der UdSSR übernommen) als weltliche Kraft noch nie in der Geschichte bestanden hatte und als Neuerung des 20. Jahrhunderts zugleich einen Sturz ins Bodenlose der institutionalisierten Willkür darstellte: die Existenz der kommunistischen Partei mit ihrem Allmachtanspruch. Die Verpflichtung so gut wie aller am Rechtsleben Beteiligten auf die durch keine Kontrolle geregelten Entschlüsse der Partei, sowohl in der Auslegung der (von der Partei ohnehin letztlich gemachten) Gesetze bis hin zu Entscheidung konkreter Einzelfälle, die ihr wichtig erschienen, ist ein Sachverhalt, der seinesgleichen bisher nicht gehabt hat. Gegen die Praxis des absoluten Fürsten, der Machtsprüche sprechen und Urteile bestätigen oder verwerfen konnte, erhob sich der öffentliche Entrüstungssturm der Literatur der Aufklärung. Kein Hahn krähte in der durch fortschrittliche Intellektuelle aus Ost und West gestützten geschlossenen Welt der SED-Diktatur gegen die schrankenlose Allmacht und die auf das Ziel der Machterhaltung gerichtete Willkür der Partei.

Die DDR war somit kein Rechtsstaat; sie beanspruchte das auch gar nicht, sondern suchte nach Auswegen, etwa solchen gezwungenen Formulierungen wie ‚sozialistischer Rechtsstaat'. Diese Formel war natürlich aus dem defensiven Bestreben entstanden, dem Begriff Rechtsstaat, der nun wirklich nicht auf die DDR paßte, etwas entgegenzusetzen. Dem diente auch die Vulgarisierung dessen, was Karl Marx als Recht definiert hatte, nämlich als den zum Gesetz erhobenen Willen der herrschenden Klasse. Übertrug man das auf diejenige Organisation, mittels derer die angeblich herrschende Klasse, die Arbeiterklasse, herrschte, nämlich die kommunistische Partei, dann ergab sich sehr schnell, daß der Wille der Partei das Recht darstellte. Damit hätte an sich jegliche auf Machterhalt gerichtete Willkür gerechtfertigt werden können; das geschah jedoch aus verschiedenen Gründen nur unvollkommen, von denen zwei genannt seien.

Zum einen war die Partei im eigenen wohlverstandenen Interesse zum Zwecke der Herrschaftsstabilisierung an einer gewissen Regelhaftigkeit des Rechtslebens interessiert, was eher chaotisches unmittelbares Einwirken ihrerseits jedenfalls in der letzten Zeit der SED-Herrschaft unpraktisch erscheinen ließ; gleichwohl war es aus Gründen der allgemeinen Herrschafts-Struktur immer möglich und wurde nur dadurch im Vorfeld abgefangen, daß die Partei selber die Gesetze machte und die Justizangehörigen über die Parteimitgliedschaft auf sich verpflichtete. Zum anderen ist hier das Konspirationsprinzip zu nennen, das das gesamte öffentliche Leben der DDR und damit auch das Rechtsleben beherrschte. Schon vor dem Sturz des Kommunismus konnte man es wissen, aber jetzt ist überdeutlich, daß von Todesurteilen des Generalsekretärs angefangen über die Nichtveröffentlichung von Rechtsvorschriften bis hin zur Nichtaushändigung von Urteilen das Rechtsleben der DDR gerade in den für das Regime lebenswichtigen Bereichen im geheimen vor sich ging. Damit wurde zum einen eines der ursprünglichsten und hart erkämpften Prinzipien des Rechtsstaates rückgängig gemacht, und andererseits zeigt das, wie wenig die Akteure selber an ihre Rechtfertigungen glaubten. Wenn sie wirklich der An-

sicht gewesen wären, ihr Vorgehen stimme mit ihren öffentlich verkündeten theoretischen Prinzipien überein, dann hätten sie daraus kein Geheimnis zu machen brauchen.

Kann man die DDR daher als das Gegenteil eines Rechtsstaates, also als *Unrechtsstaat bezeichnen?* Von Seiten der ehemaligen SED gibt es Proteste gegen diese Charakterisierung, die aber mehr von Vernebelungsabsichten als von der Fähigkeit zu rationaler Argumentation zeugen. An dieser Stelle soll aus einem anderen Grunde gegen den Begriff Unrechtsstaat argumentiert werden. Abgesehen davon, daß er zu plakativ wirkt, impliziert er, es sei der SED zielgerichtet auf die Verwirklichung von Unrecht angekommen. Das wird man nicht sagen können – aber keineswegs deshalb, weil es der Partei etwa auf die Verwirklichung von Recht angekommen wäre, sondern deshalb – eher noch schlimmer! –, weil sie sich in ihrem Handeln überhaupt nicht an Begriffen wie Recht oder Unrecht orientierte. Selbst der Begriff Unrechtsstaat hat noch einen Bezug zum Recht, der der SED fehlte. Der SED und dem von ihr als Instrument geschaffenen Staat kam es auf die Erhaltung und Stabilisierung ihrer nicht auf einem allgemeinen Konsens beruhenden Herrschaft an, und dem diente das, was äußerlich in die Formen des Rechts gekleidet, aber jederzeit abgeändert werden konnte, also lediglich den Charakter zweckgerichteter Maßnahmen hatte. Wenn man eine Bezeichnung haben möchte, wäre ‚Maßnahmestaat' oder auch *‚Nicht-Rechtsstaat'* am angemessensten; wenn das aber zu spitzfindig sein sollte, kann getrost ‚Unrechtsstaat' gesagt werden.

Die Rückbesinnung auf die historischen Antriebe, die die konkreten Regelungen hervorgebracht haben, auf die wir als rechtsstaatliche Errungenschaften einer neuzeitlichen zivilisierten Gesellschaft nicht verzichten können, führt unweigerlich dazu, auch das ehemals westdeutsche und jetzt gesamtdeutsche Rechtssystem an diesen Prinzipien zu messen und so die Formulierung Bärbel Bohleys fruchtbar zu machen. Gerade von denen, die den Unrechtscharakter – oder reinen Maßnahme- oder Nichtrechtscharakter – der DDR-Justiz am eigenen Leibe empfunden haben, werden die Unzulänglichkeiten des hochkomplexen neuen Rechtssystems besonders deutlich gespürt; durch die Kritik, die am neu übernommenen Rechtssystem geübt wird, ist die Chance eröffnet, Fehlentwicklungen deutlicher zu erkennen und im Zuge der Wiederherstellung einer von allen Deutschen akzeptierten Einheit auch auf rechtlichem Gebiet zu Reformen zu kommen, die den ursprünglichen Antrieben des Rechtsstaatsgedankens eher entsprechen als die heutige Wirklichkeit.

Dem Rechtsstaat ist es nämlich nicht erspart geblieben, in dieselbe Gefahr gekommen zu sein wie seine Vorgänger, indem nämlich historisch positive Absichten und Einrichtungen sich durch die weitere Entwicklung in Negativa verwandelt haben; möglicherweise potenziert sich ein Teil dieser Gefahren noch durch die Art und Weise, in der sich die europäische Integration entwickelt. So ist die strikte Bindung an das geschriebene Gesetz, die Berechenbarkeit und Rechtssicherheit gewährleisten sollte, auf dem besten Wege, das Gegenteil zu bewirken: Wenn alles und jedes Detail durch rechtliche Vorschriften geregelt wird, wird das Ergebnis Unübersichtlichkeit, Undurchschaubarkeit, Willkür und eben Rechtsunsicherheit sein; eine ähnliche Wirkung ist dadurch zu befürchten, daß die für sich gesehen

unabdingbare wissenschaftliche und publizistische Diskussion ihrer schieren Massenhaftigkeit wegen nicht mehr handhabbar ist. Ebenso kann die Öffentlichkeit eines Strafprozesses, die ursprünglich dazu gedacht war, die Richter zu kontrollieren und somit ungerechte Urteile zu verhindern, durch den Druck der neuzeitlichen Massenmedien umgekehrt dazu führen, daß das Gericht nicht mehr unbefangen und von Stimmungen unbeeinflußt sein Urteil fällen kann, so daß wieder die Gefahr ungerechter Urteile – Freisprüche oder Verurteilungen – besteht. Auch könnte es sein, daß die Schutzrechte der Angeklagten gegen den Staat so übermäßig in Anspruch genommen werden, daß Prozesse vorwiegend mit Verfahrensfragen beschäftigt sind und unzumutbar lange dauern. Die Regelungsdichte hat weiter zur Folge, daß der freiheitliche Rechtsstaat Gefahr läuft, immer mehr zum – wohlmeinenden – Interventions- und Polizeistaat des 18. Jahrhunderts zu werden, und sie hat weiter zur Folge, daß immer mehr Lebenssachverhalte gerichtlich geprüft werden und demzufolge die Gerichte immer mehr in die Rolle eines parallelen Staatsapparates hineinwachsen; von ihrer Überlastung und der auch dadurch verursachten immer längeren Dauer der Prozesse ganz abgesehen.

Auch unter diesen Gesichtspunkten war es richtig, in dieser Skizze nicht die konkrete Erscheinungsform der westdeutschen Justiz zum Maßstab für die der DDR zu nehmen, sondern die Prinzipien, die ihr – denn doch immer noch – zugrundeliegen. Eine Rückbesinnung auf sie und auf die historischen Kämpfe, denen sie entstammen, ist das geeignete Mittel, die Hinterlassenschaft der SED-Justiz dadurch wirklich zu bewältigen, daß gleichzeitig Fehlentwicklungen korrigiert werden, die ein ungehemmtes Wuchern eines nur noch technisch und äußerlich verstandenen Rechtsstaatsgedankens verursacht hat“.[28]

28 Schuller, Wolfgang: Gedanken zum Rechtsstaat, in: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED, Leipzig 1994, S. 314 ff.

2. Die unausweichliche deutsche Frage
Von Eberhard Kuhrt

1. Betrachtet man die Entwicklung der deutschen Frage vom Ende des 2. Weltkrieges 1945 bis zum Ende der langen Nachkriegszeit 1990/91, so steht man vor einer Reihe von paradoxen Feststellungen. Deutschland – nach Abtrennung der Ostgebiete – wurde zweigeteilt, obgleich bei Kriegsende keine der Siegermächte eine Teilung anstrebte; in Potsdam hatten sie sich sogar grundsätzlich auf die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche, auf Sicht auch als administrative Einheit verständigt. Die Nachkriegsordnung begann zu bröckeln in dem Augenblick, als sie am stabilsten schien: nach dem Teil- und Ersatzfrieden von Helsinki, durch den die sowjetische Führung sich ihrer Hegemonie über die östliche Hälfte Europas sicher wähnte. Die Entspannungspolitik bewirkte auf deutscher Ebene nicht das, wofür sie konzipiert worden war – einen Wandel der DDR durch ihre Stabilisierung – , hatte aber dennoch Erfolge dank destabilisierender Wirkungen, die ihre Initiatoren gerade nicht angestrebt hatten.[29] Und die Wiedervereinigung kam, obwohl kaum jemand mehr – jedenfalls in überschaubarer Zeit – mit ihr rechnete und die internationale Staatenwelt und auch ein großer Teil der politischen Klasse in Westdeutschland sich mit der Teilung als endgültigem Zustand abgefunden oder angefreundet hatten.

Durch die gut vierzig Jahre der Zweistaatlichkeit ziehen sich zwei gegenläufige Entwicklungen: die offensichtliche internationale Verfestigung des Status quo als Ergebnis der von der Sowjetunion erreichten militärstrategischen Parität mit den USA auf der einen, die zunächst kaum wahrnehmbare, aber fortschreitende Erosion ihrer Machtbasis, ihres wirtschaftlichen und ideologischen Potentials in den 70er und 80er Jahren auf der anderen Seite. Die Hegemonie, die die Sowjetunion in den von ihren Truppen besetzten Gebieten Mitteleuropas mit Hilfe ihrer verbündeten kommunistischen Parteien bei Kriegsende errichtet hatte, war von vornherein und blieb über fast 45 Jahre ohne wirklichen inneren Halt. Sie wurde immer wieder mit Gewaltmitteln stabilisiert – in Deutschland 1953, Ungarn 1956, der Tschechoslowakei 1968, mehrmals und besonders seit 1980 Polen und permanent durch die Einsperrung der Einwohner hinter dem hermetisch abgeriegelten und militärisch bewachten Eisernen Vorhang –, und sie wurde brüchig, als ihre Aufrechterhaltung vor allem mit Zwangsmitteln nicht mehr möglich oder zweckmäßig war. Ihre Aufrechterhaltung erwies sich für die Sowjetunion als „imperiale Überforderung" (Adomeit).[30]

---

29 Bleek, Wilhelm / Bovermann, Rainer: Die Deutschlandpolitik der SPD/FDP-Koalition 1969-1982, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Baden-Baden und Frankfurt/M. 1995 (künftig zitiert als Materialien Aufarbeitung), Band 5, S. 1141 ff. Kielmansegg, Peter Graf: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000 (künftig zitiert als Kielmansegg), S. 552.

30 Adomeit, Hannes: Imperial Overstretch. Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev, Baden-Baden 1998 (künftig zitiert als Adomeit).

2. Die Teilung Deutschlands war eine Folge des Ost-West-Konfliktes, also ein mittelbares Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, nicht das unmittelbare, gewissermaßen die historische Vergeltung für den Hegemonial- und Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Reiches – obgleich es in den 80er Jahren manche Stimmen so darstellten, um der Teilung nachträglich eine historische Legitimation zu verschaffen. Alliierte Pläne zum „Dismemberment" hatte es in der Tat gegeben, zuletzt waren sie auf der Konferenz von Jalta noch einmal grundsätzlich positiv, aber inzwischen ohne entschiedene Absicht und daher auch ohne konkrete Beschlüsse erörtert worden. Im März 1945 wurden sie zunächst von der Sowjetunion, dann von den USA und Großbritannien definitiv fallen gelassen; es war der Beginn des Kampfes um Deutschland, das zwar nicht der auslösende, aber der zentrale Streitpunkt des Kalten Krieges war.

Die Umstände, unter denen sich die „Große Allianz" in den offenen Ost-West-Konflikt verwandelte, waren auch situationsgebunden und kontingent. Dennoch war der Ost-West-Konflikt über Deutschland letztlich unvermeidbar, auch wenn zunächst beide Großmächte daran interessiert waren, definitive Entscheidungen aufzuschieben, um sich verschiedene Optionen offen und die Allianz nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten.[31] Aber die sowjetische Praxis in den von ihren Truppen besetzten Gebieten, vor allem in Polen, nährte die Befürchtung der Westmächte, dass der bisherige Partner auf die Errichtung einer Hegemonie in Europa zusteuere.

Dieses Ziel hat Stalin offensichtlich in der Tat gehabt, und eine dominante Stellung der Sowjetunion lag durchaus in der Logik des Kräfteverhältnisses im Nachkriegseuropa, sofern die USA, wie von Roosevelt in Jalta angekündigt, ihre Truppen innerhalb von zwei Jahren über den Atlantik zurückgezogen haben würden. Stalin hat offenbar mehrere Ziele nebeneinander verfolgt, die zum Teil auch in sich spannungsreich waren und sich nicht zu einem geschlossenen Konzept verbinden ließen.[32] Strategisches Ziel, geleitet von der sicheren Erwartung einer künftigen militärischen Konfrontation mit den Westmächten, war es, den militärischen Rückstand auf die USA aufzuholen und eigene Nuklearwaffen zu entwickeln. Territorial galt es zum einen, die Erwerbungen durch den Hitler-Stalin-Pakt zu sichern – für die Rückgewinnung der im Frieden von Riga 1921 abgetretenen Gebiete sollte Polen auf Kosten Deutschlands entschädigt werden –, zum anderen jede künftige Bedrohung aus dem Westen durch Beherrschung des Vorfeldes auszuschließen, also durch sowjetfreundliche Regime in den näheren und weiteren Nachbarstaaten bis hin nach Deutschland. Dabei verfuhr die Sowjetunion in ihrem Kontrollbereich durchaus nach einem „imperial-ideologischen Paradigma",[33] indem sie das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben weitgehend dem eigenen Modell

---

31 Küsters, Hanns-Jürgen: Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945-1990. München 2000, S. 213 ff.

32 Plaggenborg, Stefan (Hg.): Handbuch der Geschichte Russlands, Band 5/II: Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion, Stuttgart 2002 (künftig zitiert als Plaggenborg), S. 136 f.

33 Adomeit, S. 51 ff.

anzugleichen suchte und, teilweise zunächst „antifaschistisch-demokratisch" verbrämt, von ihr abhängige Regierungen installierte. Drittens waren zum Ausgleich der massiven Kriegszerstörungen Reparationen von Deutschland einzufordern, wobei die Mitkontrolle des Ruhrgebiets, also des industriellen Kerns Deutschlands, den Ansatzpunkt auch für politische Einwirkungsmöglichkeiten auf die Westzonen bieten würde.

Die USA verfolgten demgegenüber das Ziel einer Sicherung des Weltfriedens durch eine neue kollektive Sicherheitsorganisation, ein internationales Wirtschaftssystem offener Märkte und eine Stabilisierung Europas durch demokratisch verfasste Staaten – wobei allerdings der Wunsch, die „Große Allianz" aufrechtzuerhalten, noch über Potsdam hinaus, im Vordergrund stand. Hinsichtlich Deutschlands spielte die Überlegung eine Rolle, nicht indirekt für deutsche Reparationen aufzukommen – anders als nach dem Ersten Weltkrieg[34] –; darüber hinaus standen sich in der Administration zwei Denkansätze, in diversen Abstufungen, gegenüber. Zeitweise schien, bis Jalta, die Idee eines „Karthago"-Friedens – staatliche Zergliederung, Niederhaltung des Industriepotentials – zur amtlichen Linie zu werden; einen Niederschlag hatte sie noch in der besatzungspolitischen Direktive der Joint Chiefs of Staff JCS 1067, in der es unter anderem hieß „*Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat"*. Tatsächlich aber war dies, wie sich auch in der Praxis der Besatzungspolitik zeigte, nicht durchhaltbar. Ein Wiederaufbau des zerstörten Nachkriegseuropas war nicht möglich ohne den Wiederaufbau und die politische Stabilisierung seines Zentrums; eine Verelendung Europas drohte den Boden zu bereiten für eine Ausbreitung des Kommunismus, auch in Frankreich und Italien. Und die historische Erfahrung lehrte, dass die Sicherheit auch der USA bedroht war, wenn das wirtschaftliche und militärische Potential Eurasiens unter die Kontrolle eines totalitären und damit expansiven Systems geriet.[35] Nach der Ablehnung des Byrnes-Plans[36] durch die UdSSR 1946 und dem Scheitern der Außenministerkonferenzen in Moskau und London 1947 gingen die USA definitiv zu ihrer neuen ost- und deutschlandpolitischen Line über: Einbindung Westdeutschlands in das „Containment" der sowjetischen Hegemonialpolitik.

Beide Staaten, die 1949 in Deutschland begründet bzw. konstituiert wurden, waren zunächst Protektorate ihrer jeweiligen Besatzungsmächte; in gewisser Weise blieb die DDR es bis zu ihrem Ende; einen „*Homunkulus* […], *der in der sowjetischen Retorte gezüchtet wurde"*, hat sie der vormalige „Regierende Boschafter" Abrassimow aus der Rückschau genannt.[37] Man darf darüber den entscheidenden

---

34 Backer, John H.: Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands, Amerikas Deutschlandpolitik 1943-1948, München 1981, insbesondere S. 9 ff., 49 ff.

35 Leffler, Melvyn P.: For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War, New York 2007 (künftig zitiert als Leffler), S. 454.

36 Entmilitarisierung und gemeinsame Besetzung Deutschlands für 25 oder 40 Jahre, erörtert auf der Pariser Außenministerkonferenz 1946.

37 Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System, München 2007, S. 369.

Unterschied nicht übersehen: Die Errichtung einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung in den Westzonen entsprach auch den eigenen Wünschen und Zielen der dort lebenden Deutschen, die Gründung einer kommunistischen Diktatur mit politisch gesteuerter sozialistischer Zentralplanwirtschaft auf der anderen Seite wurde von der großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt und war nur mit den Zwangsmitteln der Besatzungsmacht durchsetzbar. „*Die DDR kann ohne uns, ohne die SU, ihre Macht und Stärke, nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR. Die Existenz der DDR entspricht unseren Interessen, den Interessen aller sozialistischen Staaten. Sie ist das Ergebnis unseres Sieges gegenüber Hitlerdeutschland"*.[38] Diese Worte Breshnews zu Honecker fassen zutreffend den Existenzgrund der DDR zusammen. Sie waren im Juli 1970, als sie ausgesprochen wurden, so richtig wie 1949 und 1989.

Es kam also nach dem Zweiten Weltkrieg zu keiner europäischen Friedensordnung, weil über die tragende Säule eines solchen Friedens – die Verfasstheit Deutschlands – kein Konsens zu finden war. Stattdessen wurde der bei Kriegsende erreichte Status quo praktisch eingefroren: Der Ost-West-Systemkonflikt spiegelte sich auf der mitteleuropäischen Vorderbühne als innerdeutsche Systemkonkurrenz. Beide Staaten traten mit dem Anspruch an, für „Deutschland" zu stehen, der legitime Repräsentant des ganzen Volkes zu sein und als freiheitlich-demokratischer bzw. als sozialistischer Kern eines wiederherzustellenden Gesamtstaates das zukunftsfähige „Modell Deutschland" zu errichten. Für die Bundesrepublik mit ihrer freiheitlichen Verfassung und dem bald nach der Währungsreform sich einstellenden Aufbauerfolg bedeutete dies, dass sie in der Tat die „Magnetwirkung" nach Osten ausübte, die der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer – zugleich mit dem Akzent auf der europäischen Einbindung – und der erste Oppositionsführer Kurt Schumacher für sie als Ziel beansprucht hatten. Die DDR auf der anderen Seite sah sich in den Augen ihrer Einwohner dem ständigen Vergleich mit dem westlichen Teilstaat ausgesetzt. Die geteilte Nation – so könnte man in Anlehnung an Ernest Renan sagen – war der tägliche Systemwettstreit.

3. Die Einsicht, dass die Teilung eine längerwährende sein werde, wuchs in Deutschland erst allmählich in den 50er Jahren. Zu unnatürlich schien die Auseinanderreißung des Landes[39], und zu instabil erschien auch das staatliche Gebilde im Osten, das ohne das Eingreifen der Besatzungstruppen schon den Volksaufstand im Juni 1953 nicht überlebt hätte und angesichts der anhaltenden Massenflucht –

---

38 Przybilski, Peter: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991 (künftig zitiert als Przybilski) S. 281.

39 Den Zusammenhalt über die Grenze hinweg dokumentieren beispielsweise die Reisezahlen – Mitte der 50er Jahre rd. 2 Mio. Reisen jährlich in beiden Richtungen –, kulturelle und kirchliche Veranstaltungen im Westen mit großem Zuspruch auch aus der DDR und Ost-Berlin u. a., siehe Plück, Kurt: Innerdeutsche Beziehungen […] und ihre Rückwirkung auf die Menschen im geteilten Deutschland, in: *Materialien Aufarbeitung*, Band 5, S. 2015 ff.

knapp 3,5 Millionen Menschen von 1945 bis zum Mauerbau[40] – auch 1961 vor dem Aus stand. 1989 stellte Honecker zutreffend – auch wenn er es anders meinte – fest, dass die Bedingungen, die zum Bau der Mauer geführt hätten, nach wie vor bestanden.

Mit seiner Grundlinie der Westbindung der Bundesrepublik, seiner „Achsendrehung der Bundesrepublik nach Westen“[41] verfolgte Adenauer eine „Politik der zwei Ziele“:[42] Die Integration in die westliche Werte-, Verteidigungs- und dann auch die westeuropäische Wirtschaftsgemeinschaft war aus grundsätzlichen und sicherheitspolitischen Gründen ein Ziel in sich, und zwar das vorrangige – entsprechend der Werteskala „Freiheit – Frieden – Einheit“, die, in dieser Reihenfolge, seiner Konzeption zugrunde lag. Gleichzeitig sollte die Westbindung die Voraussetzung dafür schaffen, dass die Sowjetunion, angesichts der Stärke und Einigkeit des Westens und ihrer eigenen inneren und auswärtigen Probleme, zu Verhandlungen über eine umfassende Entspannung und dabei auch eine Freigabe der DDR bereit sein würde. Diese Konzeption, die auch den heftig umstrittenen deutschen Wehrbeitrag zur NATO einschloss, verfolgte Adenauer gegen eine Reihe von öffentlich erörterten, meist mehr phantasiereichen als realistischen Konzeptionen einer Neutralisierung Deutschlands[43] und setzte sie gegen parlamentarische und außerparlamentarische Widerstände durch.[44]

Das grundlegende Dokument einer gemeinsamen westlichen Sicherheits- und Deutschlandpolitik war der Deutschlandvertrag von 1954/55, in dem sich die drei Westmächte bei Eintritt der Bundesrepublik in die westliche Allianz das deutsche Sonderinteresse an der Beseitigung der Teilung zu eigen machten bzw. sich verpflichteten, dies zu tun.[45] Diese Selbstbindung wurde in der Folgezeit regelmäßig

---

40 Zu den Flüchtlingszahlen siehe die detaillierte Übersicht in: Kuhrt, Eberhard / Buck, Hannsjörg / Holzweißig, Gunter (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Am Ende des realen Sozialismus Band 3, Opladen 1999, S. 397-399.

41 Morsey, Rudolf: Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen Adenauer und die politisch-parlamentarische Diskussion 1949-1963, in: *Materialien Aufarbeitung*, Band 5, S. 1830.

42 Gotto, Klaus: Der Realist als Visionär. Die Wiedervereinigungspolitik Konrad Adenauers, in: Die politische Meinung 35, 1990, Heft 249, S. 8.

43 Gallus, Alexander: Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945-1990, Düsseldorf 2006 (künftig zitiert als Gallus).

44 Zu der Stalin-Note vom März 1952 hat sich in der Forschung inzwischen eine überwiegende Auffassung herausgebildet, die die These von der „verpassten Gelegenheit“ verneint. Siehe Ruggenthaler, Peter: Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung, München 2007, S. 17 ff. Wettig, Gerhard: Die Stalin-Note. Historische Kontroverse im Spiegel der Quellen, Berlin 2015.

45 In Artikel 7 heißt es: „*Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist*“. Münch, Ingo von (Hg.): Dokumente des geteilten Deutschland, Bd. 1, Stuttgart 1968, S. 229 ff.

bekräftigt, wobei den Beteiligten allerdings durchaus bewusst war, dass es dabei inzwischen um ein Fernziel, nicht um eine unmittelbar anstehende Handlungsverpflichtung ging.

Für eine Lösung der deutschen Frage fehlten in den 50er Jahren und auch in der Folgezeit die Voraussetzungen. Das Kräftegleichgewicht verschob sich weiter zugunsten der Sowjetunion. 1955 notierte ein Mitarbeiter Adenauers: „*Alles, was wir noch im vergangenen Jahr als anbietbar betrachtet haben* [als Preis, der den Sowjets für die Wiedervereinigung ausreichen würde], *hat sich unter der rapiden Entwicklung der Atom- und Wasserstoffbombe als unzureichend erwiesen*“.[46] Die Verkündung des „neuen Kurses“ in der DDR und in Ungarn durch die Nach-Stalinsche KPdSU-Führung 1953 zielte nur auf eine Verlangsamung des „Aufbaus des Sozialismus“; möglicherweise weitergehende Überlegungen des Innenministers Berija 1953 fanden im ZK-Präsidium keine Mehrheit und trugen zu seinem Sturz bei.[47] Chruschtschow erklärte 1956: „*Wir ziehen 17 Millionen Deutsche unter unserem Einfluss siebzig Millionen wiedervereinigten Deutschen, auch wenn sie neutralisiert sind, vor*“[48] – ein Satz, der, mit den entsprechenden Änderungen, auch von einem westlichen Politiker hätte stammen können. Der stillschweigende Minimalkonsens, der sich in den 50er Jahren ausbildete, bestand für beide Seiten darin, die Zugehörigkeit des jeweiligen deutschen Staates zum eigenen Einflussbereich abzusichern. Tatsächlich wurde schon bei den Genfer Vier-Mächte-Konferenzen 1955 auch nicht mehr wirklich über die Wiederherstellung der deutschen Einheit verhandelt. Die westliche Forderung nach freien Wahlen in ganz Deutschland entsprach zwar den demokratischen Grundwerten, dem Willen aller bundesdeutschen Parteien und, wie der Juniaufstand bestätigt hatte, auch dem Wunsch der DDR-Einwohner, aber er war für die Sowjetunion ebenso unannehmbar wie umgekehrt für den Westen die Herauslösung der Bundesrepublik aus der NATO und die Erarbeitung eines Friedensvertrages unter Einbeziehung der DDR-Regierung.

Seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre bemühte sich Adenauer, für das Teilungsproblem Zwischenlösungen zu eruieren. Die Bundesrepublik sei bereit, so erklärte er 1962, „*über vieles mit sich reden zu lassen, wenn unsere Brüder in der Zone ihr Leben so einrichten können, wie sie wollen. Überlegungen der Menschlichkeit spielen für uns eine noch größere Rolle als nationale Überlegungen*“.[49] In zunächst vertraulichen Sondierungen gegenüber der Sowjetunion entwickelte er Ideen, das Problem der deutschen Einheit für eine mittlere Frist – die Rede war von etwa zehn Jahren – ruhen zu lassen, diese Zeit aber zu nutzen, um die inneren Verhältnisse in

---

46 Tagebucheintragung Herbert Blankenhorns (Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt) vom 9. März 1955, zitiert nach Morsey, Rudolf: Die Deutschlandpolitik Adenauers, alte Thesen und neue Fakten, Opladen 1991, S. 34.

47 Adomeit, S. 92 ff. Plaggenborg S. 206 f.

48 Zitiert nach Kielmansegg, S. 163.

49 Kielmansegg, S. 166.

der DDR freiheitlicher umzugestalten.[50] Die sowjetische Führung hat sich hierauf nicht eingelassen.

Nach dem Tod Stalins 1953 hatte der Kalte Krieg sich entschärft. Chruschtschow widerrief die Doktrin von der Unvermeidbarkeit von Kriegen zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weltsystem und verkündete das Prinzip der „friedlichen Koexistenz"; es bedeutete nicht ein auf Dauer angelegtes Nebeneinander der beiden Systeme, aber eine Austragung des Gegensatzes mit nicht-kriegerischen Mitteln. Als Kampffeld proklamierte der neue sowjetische Führer die Wirtschaft: Binnen zehn Jahren werde die Sowjetunion die USA in allen wichtigen wirtschaftlichen Daten überholt haben; dieses Ziel wurde auch in das neue Parteiprogramm von 1961 übernommen. Und das Entsprechende geschah auf der deutschen Vorderbühne: Ulbricht verkündete die „ökonomische Hauptaufgabe", Westdeutschland bis 1961 beim Pro-Kopf-Verbrauch der wichtigsten Güter zu überholen, damit „*die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung*" zu beweisen und auch die „*friedliebenden Kräfte in Westdeutschland in ihrem Kampf gegen die militaristisch-klerikale Herrschaft anzuspornen*".[51] Für die UdSSR war in der Systemkonkurrenz gerade die DDR entscheidend: „*Wenn sich der Kommunismus hier nicht als überlegen und lebensfähig erweist, dann haben wir nicht gewonnen. Diese Frage ist für uns grundlegend*".[52]

Um das aus sowjetischer und DDR-Sicht entscheidende Hindernis für einen erfolgreichen sozialistischen Aufbau in der DDR zu beseitigen, versuchte Chruschtschow 1958, aus einer vorgeblichen Position der Stärke die Westmächte unter Kriegsandrohung aus Berlin hinauszuzwingen, damit zugleich die akute Krise der DDR zu beenden und der NATO einen entscheidenden Schlag zu versetzen, der „*das gesamte System der aggressiven Blöcke liquidieren*" sollte.[53] Chruschtschow rechnete offenbar nicht damit, dass die Westmächte für ihre Rechte in West-Berlin einen Krieg riskieren würden, aber seine Ultimaten beruhten letztlich auf einem Bluff, da das tatsächliche militärische Kräfteverhältnis eine deutliche Überlegenheit des Westens auswies. Nach drei Jahren Nervenkrieg endete die Krise in der Betonierung des Status quo in Berlin und Deutschland. Aber den Westmächten ging es nur noch um die Wahrung ihrer Rechte in (West-) Berlin; eine gemeinsame wiedervereinigungspolitische Linie kam nicht mehr zustande.

An der Grundidee seiner Deutschlandpolitik: im engen Konsens mit den drei Westmächten mit der Sowjetunion über eine Wiedervereinigung zu verhandeln, so-

---

50 Gotto, Klaus: Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954-1963, in: ders. u. a.: Konrad Adenauer. Seine Deutschland und Außenpolitik 1945-1963, München 1975, S. 156 - 286., hierzu insbesondere S. 224 ff., 255 ff.

51 Ulbricht, Walter: Des deutschen Volkes Weg und Ziel, in: Einheit 14 1959, Heft 9, S. 1241 f., zit. nach Weber, Hermann: Geschichte der DDR, 2. Aufl., München 1986, S. 298.

52 So der damalige zweite Mann der UdSSR, Mikojan, 1961, Plaggenborg, S. 284.

53 So zu dem nordvietnamesischen Führer Ho Chi Minh: Wettig, Gerhard: Chruschtschow, die Berlinkrise und die Mauer, in: Jesse, Eckhard (Hg.): Eine Mauer für den SED-Staat, Berlin 2012, S. 74.

bald diese, bedingt durch die inneren Probleme ihres Landes und Herrschaftsbereiches, sich dazu veranlasst sehen würde, hat Adenauer, trotz des vorläufigen Scheiterns in den 1950/60er Jahren, bis zum Ende festgehalten. Im März 1962 erklärte er in einem Interview, das Hauptinteresse der Sowjetunion könne eines Tages den inneren Schwierigkeiten im Ostblock gelten.[54] Und in einer seiner letzten Reden sagte er: „*Ich gebe die Hoffnung nicht auf: Eines Tages wird auch Sowjetrußland einsehen, daß diese Trennung Deutschlands und damit die Trennung Europas nicht zu seinem Vorteil ist. Wir müssen aufpassen, ob der Augenblick kommt. Aber wenn ein Augenblick naht oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen*".[55]

Bis zum Ende der 80er Jahre gab es für beide deutsche Staaten keine tatsächlichen Möglichkeiten einer operativen Wiedervereinigungspolitik. Für die SED-Führung musste auf absehbare Zeit das Ziel im Vordergrund stehen, die eigene Herrschaft zu stabilisieren, daher die Teilung und somit die Eigenexistenz ihres Staates national und international abzusichern und daher auch die gesamtdeutschen Vorbehalte des Konkurrenzstaates abzuwehren. Nachdem sie noch bis zum Ende der Herrschaft Ulbrichts am Ziel der deutschen Einheit unter kommunistischem Vorzeichen festgehalten hatte, tilgte sie in ihrer dritten Verfassung von 1974 alle gesamtdeutschen Bezüge und verlieh dem Bündnis mit der Sowjetunion „*für immer und unwiderruflich*" Verfassungsrang. Für die Bundesrepublik umgekehrt konnte eine Wiedervereinigungspolitik erst dann möglich werden, wenn die Sowjetunion ihre westpolitischen Interessen neu definieren und dabei eine Änderung des Status quo in Mitteleuropa zulassen würde. Solange dies nicht geschah, gab es für eine am Ziel der deutschen Einheit orientierte Politik nur den Weg, ihre künftige Möglichkeit offen zu halten, im weitesten Sinne, national und international, auf Rahmenbedingungen hinzuwirken, unter denen sie möglich werden könnte, und vorerst die Härten der Teilung, wo möglich, zu mildern.

Im Endeffekt hat sich die deutschlandpolitische Weichenstellung Adenauers als richtig erwiesen. Als die Sowjetunion in den 80er Jahren tatsächlich in die Lage kam, ihre Bündnisstaaten nicht mehr um jeden Preis festhalten zu können, die Breshnew-Doktrin aufgab und damit ungewollt auch das SED-Regime seiner eigenen Instabilität überließ, war die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Bundesregierung mit der US-Regierung Bush senior entscheidend, um die deutsche Einheit international durchzusetzen. Und die unzweifelhafte Einbindung der Bundesrepublik in NATO und EG erwies sich nicht als Hindernis, sondern als notwendige Voraussetzung der Wiedervereinigung. Kein anderer als einer der schärfsten publizistischen Gegner Adenauers in den 50er Jahren, Rudolf Augstein, hat 1990 festgestellt, „*dass jetzt* […] *Adenauers Politik insgesamt ihre Rechtfertigung erfährt*".[56]

---

54 Morsey, Rudolf: Die Deutschlandpolitik Adenauers. Alte Thesen und neue Fakten, Opladen 1991, S. 43.

55 Auf einem Parteitag der CDU in Bonn am 21. März 1966, zitiert nach Morsey in *Materialien Aufarbeitung*, Band 5, S. 1862.

56 Augstein, Rudolf: Berlin, Berlin, in: Der Spiegel, Nr. 5, 29. 1. 1990, S. 18.

4. Chruschtschows Berlin-Ultimatum 1958/59 und sein Kuba-Abenteuer 1962 waren noch einmal Versuche gewesen, handstreichartig, at the brink of war, den Nachkriegs-Status quo zu verändern. Nach dem Ausgang der Doppelkrise und der Errichtung der Berliner Mauer war die Frage der deutschen Einheit von der internationalen Agenda gestrichen. Beide Seiten hatten in den Abgrund des Krieges geblickt, beide waren an einer Minderung der Spannungen, einer Vermeidung von Eskalationen und an kooperativer Rüstungskontrolle interessiert. Die Westmächte waren erleichtert, die Krise ohne wesentliche Beschädigung ihrer Rechte in Berlin überstanden zu haben; niemand wollte noch mit querelles allemandes behelligt werden. Und auch die Sowjetunion brauchte eine Atempause; ihr neuer Führer Breshnew verfolgte wie sein Vorgänger das Ziel, die innere Stabilität seines Landes durch eine Erhöhung des Lebensstandards zu festigen. Dies schloss den Wunsch nicht aus, das internationale Kräfteverhältnis, wenn es ohne Gefahr möglich war, zu den eigenen Gunsten zu verschieben, etwa durch Ausgreifen des „sozialistischen Lagers" in die Dritte Welt – Entspannungspolitik bedeutete nicht Ende des Klassenkampfes[57] –, und weiterhin das Ziel zu verfolgen, die USA aus Europa zurückzudrängen[58] oder sicherheitspolitisch von ihm abzukoppeln. Das unmittelbare Ziel aber war jetzt, auf der Basis strategischer Gleichrangigkeit mit den USA den Status quo in Europa abzusichern, die Rüstungskosten zu senken, den Westhandel zu verstärken und westliche Technologie nutzen zu können, um die eigene Industrie zu entwickeln und die eigenen Rohstoffreserven zu erschließen.[59]

Für die Bundesrepublik bedeuteten diese Rahmenbedingungen, dass Neuansätze in der Außen- und Deutschlandpolitik gefunden werden mussten. Man musste zum einen, um die eigenen außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, Beziehungen zu den osteuropäischen Nachbarstaaten Deutschlands entwickeln, in denen sich auch deren Handlungsspielräume austesten ließen – und dies, ohne dem Verlangen der östlichen Vormacht nach endgültiger Anerkennung der Teilung zu entsprechen. Man musste vor allem die Synchronität mit den westlichen Verbündeten wiederfinden, ohne dabei die staatliche Zweiteilung endgültig festzuschreiben. Dabei war es notwendig, eine Lösung des Teilungsproblems in einen europäischen Zusammenhang einzuordnen; die Suche nach einer langfristig tragfähigen europäischen Friedensordnung wurde das Leitmotiv aller Ansätze zu einer außen- und deutschlandpolitischen Neuorientierung. Und schließlich musste man auf deutscher Ebene für eine nicht absehbare Zeit einen Modus des Umgangs mit dem SED-Regime finden, weil man nur im Zusammenwirken mit den Verantwortlichen in der DDR dem vordringlichen Ziel, einer Minderung der Teilungsfolgen und einer Verbesserung der Lage der Menschen im östlichen Landesteil, näher kommen konnte.

---

57 Gaddis, John Lewis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, dt. München 2007 (künftig zitiert als Gaddis), S. 253.

58 So Breshnew nach Abschluss des Moskauer Vertrages, siehe Schmidt, Karl-Heinz: Dialog über Deutschland. Studien zur Deutschlandpolitik von KPdSU und SED 1960-1979, Baden-Baden 1998, S. 337.

59 Leffler, S. 242.

Das Problem dabei war und blieb, wie eine pragmatische Politik der Teilungsfolgenerleichterung konzeptionell und praktisch zusammengedacht werden konnte mit dem Ziel, die Teilung in Freiheit zu überwinden, angesichts eines Gegenübers und dann Vertragspartners, dessen vitales Interesse an der eigenen Machterhaltung eben diesem Ziel diametral entgegenstand. Wie weit konnte man der deutschen Zweistaatlichkeit um der humanitären Ziele willen Legitimität verschaffen, ohne das eigentliche Ziel der Selbstbestimmung preiszugeben? Diese Frage wurde 1969/70 zum Gegenstand leidenschaftlicher Kontroversen.

Die NATO fand ihren neuen strategischen Ansatz in dem Harmel-Bericht von 1967. In ihm wurden Sicherheits- und Entspannungspolitik in einen komplementären Zusammenhang gestellt und die Überwindung der Teilung Deutschlands als gemeinsames Ziel des Bündnisses – nicht zuletzt dank nachdrücklicher Bemühungen der Bundesregierung – bekräftigt: „*Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar.* […] *Eine endgültige und stabile Regelung in Europa ist jedoch nicht möglich ohne eine Lösung der Deutschlandfrage, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen in Europa bildet. Jede derartige Regelung muss die unnatürlichen Schranken zwischen Ost- und Westeuropa beseitigen, die sich in der Teilung Deutschlands am deutlichsten und grausamsten offenbaren"*.[60]

5. Das ostpolitische Vertragswerk, das die Bundesregierung Brandt Anfang der 70er Jahre verwirklichte – grundlegend der Moskauer Vertrag Juli 1970, durch Junktim und Gegenjunktim eng verknüpft mit dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom September 1971, der Warschauer Vertrag (Dezember 1970), der innerdeutsche Grundlagenvertrag (Dezember 1972) und der Prager Vertrag (Dezember 1973) – setzte den Rahmen für einen Modus vivendi – nicht weniger, aber, wie sich erweisen sollte, auch nicht mehr – und erwies sich als relativ stabiler Interessenausgleich für die Zeit der Teilung.

Die Sowjetunion erreichte ihr Hauptziel, die Anerkennung des territorialen Status quo, musste aber die Einschränkung hinnehmen, dass die Grenzen als unverletzlich, nicht als unveränderlich bezeichnet wurden, was den friedlichen Wandel an der innerdeutschen Grenze offenließ. Der Selbstbestimmungsvorbehalt der Deutschen blieb erhalten: Zwar fand die deutsche Frage in den Vertragstexten selbst keinen unmittelbaren, sondern nur impliziten Niederschlag, aber dem Moskauer und dem Grundlagenvertrag war der „Brief zur deutschen Einheit" beigegeben, in dem festgestellt wurde, „*dass der Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt"*. Die DDR wurde von der Bundesrepublik staatsrechtlich anerkannt, aber es war keine völkerrechtliche Anerkennung, die Beziehungen blieben von „besonderer Art", und die (gesamt-) deutsche Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland blieb unberührt. Umgekehrt wurden durch das Vier-Mächte-

60 Dokumente zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (künftig zitiert als DzD), Reihe V, Band 1, S. 2239 f.

Abkommen die Lage um Berlin und der Verkehr zwischen der Stadt und dem Bundesgebiet stabilisiert, auch wenn Unklarheiten und Probleme – insbesondere hinsichtlich der internationalen Vertretung von Berlin/West durch die Bundesrepublik – blieben. Berlin war daher auch weiterhin im Ost-West-Geschäft ein ständiger Reibungspunkt, aber es wurde bis zum Ende der Teilung kein Krisenherd mehr.

Um zweifelsfrei und rechtsverbindlich festzustellen, dass die deutsche Frage durch die Ostverträge nicht erledigt war, setzte die CDU/CSU-Opposition eine gemeinsame Erklärung des Bundestages durch, die dem sowjetischen Parlament übermittelt und durch die Ratifikation Teil des Vertragswerkes wurde. In ihr waren alle Grundpositionen der bundesdeutschen Deutschlandpolitik – darunter das Ziel der Selbstbestimmung aller Deutschen, die Unberührtheit der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes und damit auch der Friedensvertragsvorbehalt, die Wahrung der Bindungen von Berlin (West) an den Bund und die Anwendung der Prinzipien der Entspannung auf das Verhältnis der Menschen und Institutionen in beiden Teilen Deutschlands – explizit ausformuliert.[61] Auch wenn die Sowjetunion sich diese Interpretation naturgemäß nicht zu eigen machte, blieb damit doch eine am Ziel der deutschen Einheit orientierte Politik ohne Verletzung der Ostverträge möglich.

Zum innerdeutschen Grundlagenvertrag setzte der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß gegen Widerstände in der eigenen Partei und Fraktion eine Klage der bayerischen Staatsregierung beim Bundesverfassungsgericht durch.[62] Das einstimmig ergangene Urteil entsprach der Erwartung: Die Verfassungsmäßigkeit des Moskauer Vertrages wurde zwar festgestellt, zugleich aber wurden interpretierend „*die verfassungsrechtlichen Grenzen* aufgezeigt, *die für das Ausfüllen des Vertrages durch spätere Vereinbarungen und Abreden bestehen.* […] *Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt: Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde"*.[63]

Für die deutschlandpolitische Konzeption, die die Regierung der SPD-FDP-Koalition verfolgte – „*über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen*" –, hatte Brandts Mitarbeiter Egon Bahr 1963 wesentliche konzeptionelle Elemente unter dem Schlagwort „Wandel durch Annäherung" in einem Vortrag in der Akademie Tutzing vorgestellt. Ihre zentrale Idee bestand darin, die DDR durch politische Anerkennung und wirtschaftliche Unterstützung zu stabilisieren, um der herrschenden Partei eine innere Liberalisierung zu ermöglichen, die auch zu einer

---

61 Texte zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (künftig zitiert als Texte), Band 10, Bonn 1972, S. 427 ff.

62 Möller, Horst: Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell, München/Berlin 2015, S. 460-476. Koerfer, Daniel: Den Anspruch wachhalten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Juli 2013, S. 7.

63 Texte, Reihe II Band 1, Bonn 1975, S. 79 ff.

neuen deutsch-deutschen Annäherung führen könnte: „*Die Zone muss mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden.* […] *Die Mauer* […] *war ein Zeichen der Angst und des Selbsterhaltungstriebs des kommunistischen Regimes. Die Frage ist, ob es nicht Möglichkeiten gibt, diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell so weit zu nehmen, dass auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist".*[64]

Die Konzeption war brisant und frappierend zugleich. Sie verband die unumgängliche Aufnahme von Beziehungen zur DDR mit einer konstruktiven Perspektive; diese allerdings konnte wohl nur unter zusätzlichen Vorannahmen, vor allem der einer Konvergenz der Systeme, aufgehen. Problematisch war an der Programmskizze insbesondere die Erwartung, dass sich die *Zustimmung der Sowjets* für eine – letztlich eben doch systemändernde – Transformation der DDR werde gewinnen lassen.[65] Und bei aller Bedeutung, die eine Anerkennung durch die Bundesrepublik für das SED-Regime haben musste, blieb doch die entscheidende Tatsache, dass die *Angst* und der *Selbsterhaltungstrieb*, die *berechtigten Sorgen* des Regimes in erster Linie nicht durch die gesamtdeutschen Vorbehalte der Bundesrepublik, sondern durch die Unfreiheit und die strukturellen Fehler des eigenen Systems und seine mangelnde Akzeptanz bei der eigenen Bevölkerung begründet waren.[66]

Der tragende Gedanke der neuen deutschlandpolitischen Konzeption war die schrittweise Entwicklung einer gesamteuropäischen Friedensordnung: Über ein Netz bilateraler Gewaltverzichtsabkommen und beidseitige Truppenverringerungen sollte schließlich ein kollektives Sicherheitssystem aufgebaut werden. Eine neue europäische Friedensordnung, so Brandt, müsste Grenzen einebnen und neue Formen der Zusammenarbeit möglich machen; als Elemente einer solchen Ordnung nannte er die Menschenrechte, ein europäisches Volksgruppenrecht, das Recht auf Freizügigkeit, die Informationsfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht.[67]

---

64 DzD Reihe IV Band 9, S. 572-575.

65 Siehe Breshnews Worte zu Honecker im Juli 1990: „*Es gibt, es kann und es darf zu keinem Prozeß der Annäherung zwischen der BRD und der DDR kommen.* […] *Alles konzentrieren auf die allseitige Stärkung der DDR".* In: Przybilski, S. 283 f.

66 Der mit Bahr befreundete Journalist Peter Bender hat den Gedanken „Wandel durch Stabilisierung" bis in die Konsequenz zugespitzt und damit gezeigt, in welche Aporien er führen konnte: „*Damit ist die erste Voraussetzung einer Liberalisierung bezeichnet: die Führung darf nicht mehr fürchten und das Volk darf nicht mehr hoffen, dass sich an der Tatsache der kommunistischen Herrschaft etwas ändert. Praktisch bedeutet das: außenpolitisch muss das Land bei Moskau und auf Moskauer Kurs bleiben; innenpolitisch muss die Partei die Schlüsselpositionen und bei allen wichtigen Entscheidungen das letzte Wort behalten*". In: Bender, Peter: Offensive Entspannung, Köln und Berlin 1964, S. 65.

67 Link, Werner: Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969-1974, in: Bracher, Karl-Dietrich u. a.: Republik im Wandel 1969-1974, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 5, Stuttgart1986, S. 163-282, hier S. 173.

In der spezifischen Fassung, die Bahr diesem Gedanken in diversen Ausarbeitungen gab,[68] war das langfristig anzustrebende Ziel eine Ersetzung der beiden Bündnisse durch ein mitteleuropäisches Sicherheitssystem, bestehend aus einer Zone atomwaffenfreier Staaten ohne fremde Truppen, mit einer Sicherheitsgarantie durch die beiden Großmächte. Das implizierte die Erwartung, dass die Sowjetunion bereit sein würde, die DDR, Polen und die Tschechoslowakei aus ihrem Machtbereich zu entlassen, wenn der Westteil Deutschlands und die Benelux-Staaten aus dem Bündnis mit den USA ausschieden. Die Überlegungen sind nie in ein Stadium eingetreten, in dem die vielfältigen Probleme, die diese Konstruktion aufwarf – sicherheitspolitischer ebenso wie europapolitischer Art[69] – konkret hätten erörtert werden müssen. Garton Ashs Einschätzung dürfte zutreffen: „*Das Resultat wäre eher ein Deutschland zwischen Ost und West gewesen als ein Deutschland als Teil des Westens"*.[70]

An dieser Konzeption – die er gelegentlich auf die griffige Formel brachte „*NATO und deutsche Teilung sind siamesische Zwillinge"*[71]– hat Bahr bis 1990 im wesentlichen festgehalten und in den 80er Jahren alles Reden – „*Gequatsche*" – über eine deutsche Wiedervereinigung mit ätzender Kritik – „*Heuchelei*", „*politische Umweltverschmutzung*" – übergossen. Im Mai 1988 führte er in einer Rede aus: „*Nur wer die Zweistaatlichkeit ohne jedes Augenzwinkern bejaht und ihre Chancen im geteilten Europa sucht, kann über Deutschland reden, frei von einem Revisionismus, der noch in seiner Kraftlosigkeit schädlich bleibt"*.[72] 1990 enttäuschte ihn die aus seiner Sicht zu konziliante Haltung der Sowjetunion in den Verhandlungen mit der Bundesregierung und den Westmächten; noch im Juni1990 bemerkte er: „*Ich habe nicht gedacht, dass ich mir im Alter mehr Gedanken über die Sowjetunion werde machen müssen, als deren Vertreter selbst es tun*".[73]

Eine andere konzeptionelle Linie, die beim gegenwärtigen Quellenstand nur umrisshaft erkennbar ist, verfolgte offenbar der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner, der Bahrs „Wandel durch Annäherung" für „*Narretei*" hielt.[74] Er warnte vor einer zu starken Betonung der nationalen Argumentation in den Gesprächen mit

---

68 So in seinem unveröffentlichten Buchmanuskript 1965/66, in einer Studie „Konzeptionen der europäischen Sicherheit" im Planungsstab des Auswärtigen Amtes 1968, einer weiteren Studie „Überlegungen zur Außenpolitik einer künftigen Bundesregierung" vom August 1969 u.a., Vogtmeier, Andreas: Egon Bahr und die deutsche Frage, Bonn 1996 (künftig zitiert als Vogtmeier), S. 80 ff., 104 ff.

69 Link: Außen- und Deutschlandpolitik, S. 172 ff.

70 Garton Ash, Timothy: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München 1993 (künftig zitiert als Garton Ash), S. 122. Gallus S. 296 ff.: Egon Bahr – Antineutralist in neutralistischer Tradition.

71 Die Zeit, 1985 Nr. 20

72 Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006 (künftig zitiert als Sturm), S. 74.

73 Zitiert nach Karner, Stefan u. a. (Hg.): Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990, S. 299.

74 Vogtmeier, S. 196.

Moskau: „*Jeder Versuch, die Deutschlandfrage nationalistisch zu lösen, führt mit tödlicher Sicherheit zur Isolierung der Deutschen und zur Selbstzerfleischung*“.[75] In einem Gespräch mit Honecker im Mai 1973 stimmte er dessen Kritik an Brandts „*nationalistischen Parolen“* von einer offenen deutschen Frage zu. *„Ihm sei klar“,* so Wehner*, „dass mit dem geschaffenen Vertragssystem alle Probleme geregelt wären und jeder Versuch, die bestehenden Realitäten zu ändern, ins Abenteurertum führen würde*“.[76] Und zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zitierte er später die Meinung von Honecker: *„In zwei Jahren wird sich niemand mehr an das Geschreibsel der Juristen erinnern, die noch im Mittelalter zu leben scheinen*“ und fügte hinzu: „*Das entspricht völlig meiner Auffassung und dahin muss es auch kommen*“. Honecker hat nach seinem Sturz festgestellt, dass Wehner zwar die kommunistische Partei abgelehnt habe, „*aber sein Ziel war doch die Einheit der Arbeiterbewegung und der Aufbau einer sozialistischen deutschen Republik*“.[77]

Mit dem Kanzlerwechsel von Brandt auf Schmidt 1974 wurde die ebenso kühne wie problematische Zielprojektion Bahrs von einem neu zu errichtenden Sicherheitssystem in den Hintergrund gedrängt zugunsten der pragmatischeren Leitidee einer „realistischen Entspannung“ auf der Basis eines stabilen Gleichgewichts zwischen den Blöcken.[78] „‘*Realistisch‘ bedeutete: Das Bündnis mußte sich stets des fortbestehenden Gegensatzes zwischen West und Ost in Wertvorstellungen, Zielen und Interessen bewußt bleiben. Entspannungspolitik konnte nur auf ausreichender Verteidigungsfähigkeit aufbauen*“ (Genscher).[79] Der Gegensatz zwischen beiden entspannungspolitischen Denkrichtungen brach wenige Jahre später an der Frage der NATO-Nachrüstung offen aus.

Nach 1982 hat die SPD, nun in der Oppositionsrolle, in ihrem Bestreben, eine „neue Ostpolitik“ zu initiieren, wieder auf die Bahr’schen Ideen zurückgegriffen und mit der SED Vertragsentwürfe über eine chemiewaffenfreie Zone, einen atomwaffenfreien Korridor und eine „*Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa“* sowie das gemeinsame Papier „*Der Streit der Ideologien und die Gemeinsame Sicherheit“* ausgehandelt. Leitend war die Idee, dass nur *Gemeinsame Sicherheit* den Frieden in Europa bewahren könne; der Systemgegensatz zwischen freiheitlicher und diktatorischer Ordnung wurde daneben auf den Rang eines nur mehr „ideologischen“ Streitpunktes abgesenkt.[80]

Auch in der Politik gegenüber der DDR trat mit dem Kanzlerwechsel 1974 eine Akzentverschiebung ein in Richtung einer pragmatischen Politik des Machbaren unter Ausklammerung von Grundsatzfragen. Sie konnte 1982 von der Bundesregierung Kohl bruchlos, allerdings mit wieder stärkerer Betonung des normativen

---

75 Vogtmeier, S. 198, Anm. 151.

76 SED-Dokumente zu Wehners DDR-Besuch 1973, in Deutschland-Archiv (künftig: DA) 37, 1994, S. 616-627, hier S. 621.

77 Garton Ash, S. 295.

78 Vogtmeier, S. 204

79 Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 475

80 Sturm, S. 88 ff. „*Bahr wollte aus Kommunisten Sozialdemokraten machen. Eine solche Mission blieb Brandt, vor allem aber Schmidt, fremd*. (A.a.O. S. 90)